Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1948

141 (21.10.1948)

Visual Library

3. Jahrgang / Nummer 141
Druck u. Verl.: Badendruck GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1 b-5. Tel. 4051-53. Ausg.: Karlsruhe, Khe-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18), Bruchsal (Friedrichstr. 25), Rastatt (Augustastr. 41)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 21. Oktober 1948
Einzelnummer 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis DM 2.40, Postbezug DM 2.20 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Zeile Karlsr./Bruchsal DM 2.—, Pforzheim DM 1.—, Rastatt DM -.40

Ehrung für Senator Vandenberg. Unser Dena-Bild zeigt Senator Arthur H. Vandenberg (dritter von links), den Gewinner des „Freiheitspreises 1948", zusammen mit Dr. Harry D. Gideonse, Präsident des Brooklyn-College und des Freiheitshauses, Dr. Sumner Welles und Bernard Baruch.

Ermäßigung der Verbrauchssteuern

„Notopfer Berlin" gegen 4 KPD-Stimmen vom Wirtschaftsrat angenommen

(Von unserer Frankfurter Redaktion)

Frankfurt a. M., 20. Okt. Das diesmalige Halbtagsplenum des Wirtschaftsrates barg mit dem Punkt „Notopfer Berlin" den einzigen Explosionsstoff. Wie zu erwarten war, liefen die Kommunisten Sturm gegen dieses Gesetz und es kam zu Tumultszenen, als der Abgeordnete Niebes das Gesetz als eine Auflage der Militärregierung bezeichnete und der kommunistische Abgeordnete Sperling es einen neuen Raubzug gegen die Arbeiterschaft nannte und verlangte, daß die Besatzungsmächte ihre Meinungsverschiedenheiten selbst finanzieren sollten. Schließlich wurde die Vorlage gegen die 4 KPD-Stimmen angenommen, nachdem der Abgeordnete Dahrendorf (SPD) festgestellt hatte, daß die Initiative zu diesem Gesetz einzig und allein beim Wirtschaftsrat gelegen habe.

Für das Notopfer Berlin werden monatlich bei einem Arbeitslohn bis zu 500 DM 60 DPf und für jeden Mehrlohn 1 DM je 100 angefangene DM abgabepflichtig. Diese Regelung gilt auch für alle anderen Einkommenbezieher. Von den Körperschaften werden monatlich 1,20 DM je angefangene 100 DM angeboten, mindestens aber 20 DM monatlich erhoben. Von der vorgesehenen Abgabe von 50 DPf pro Haushaltausweis hat das Gesetz in der angenommenen Fassung Abstand genommen. Auch die Sondermarke Berlin wird nicht ausgegeben, dafür aber ein Zuschlag von 2 DPf bei Postsendungen im innerdeutschen Verkehr, ausgenommen Gebühren im Postzahlungs-, Postscheck- und Postsparkassenverkehr.

Das Plenum beantragte weiter, dem Direktor der VfW aus den Lagern der STEG Bekleidungsstücke und Schuhe mit Pelzfütterung unverzüglich für Berlin zur Verfügung zu stellen und die Stadt bevorzugt mit Wolldecken, Winterbekleidung und warmer Unterwäsche zu beliefern.

Nachdem die Militärregierung das in der letzten Sitzung beschlossene Verbrauchssteuergesetz zurückgewiesen hat, mußte sich das Plenum noch einmal mit dieser Vorlage beschäftigen, die entsprechend den Wünschen der Militärregierung abgeändert angenommen wurde. Darnach werden die verringerten Steuersätze für Kaffee und Bier in der ursprünglich vorgesehenen Höhe beibehalten. Das Pfund Bohnenkaffee wird im Einzelhandel in Zukunft ungefähr 12 DM kosten und ein Liter Bier 90 DPf bis 1,10 DM im Ausschank, die Tabaksteuer ist gegenüber dem Vorschlag heraufgesetzt, ebenso die Steuer für Trinkbranntwein. Eine Zigarette, die bisher 20 DPf kostete, wird in Zukunft für 12 DPf zu haben sein. 50-g-Päckchen billigsten Feinschnittabaks werden von 3,20 DM auf 1,75 DM gesenkt. Rohschnitt von 2 DM auf 90 DPf. Andererseits wurde der Steuersatz für einen Hektoliter Weingeist auf 1000 DM, statt wie vorgeschlagen auf 750 DM festgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß diese Taxen die Zustimmung von Bico finden.

Wie Dena soeben meldet, genehmigten die beiden Vorsitzenden des Zweimächte-Kontrollamtes am Mittwoch mehrere vom Wirtschaftsrat genehmigte Gesetze, darunter das Gesetz über die Aufhebung des Lohnstops, das Gewerbezulassungsgesetz, das Gesetz über die Errichtung eines Patentamtes und das Gesetz über die Bildung wirtschaftlicher Fachstellen.

*

Gesetz gegen Preistreiberei

Vom 7. Oktober 1948

Der Wirtschaftsrat hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Wegen Preistreiberei wird mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser beiden Strafen bestraft:

1. wer in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes oder in unbefugter Betätigung wie ein Gewerbetreibender eine Mangellage oder seine wirtschaftliche Überlegenheit dadurch unlauter ausnutzt, daß er für Güter oder Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs unangemessene Entgelte fordert, verspricht, annimmt oder gewährt,
2. wer Gegenstände des lebenswichtigen Bedarfs zurückhält, beiseiteschafft, verderben läßt oder vernichtet, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch der Preis auf eine unangemessene Höhe gesteigert oder auf einer solchen Höhe gehalten werden kann oder wer ohne die Absicht der Warenverknappung Waren zurückhält, um bei späteren Verkäufen höhere Preise zu erzielen,
3. wer Gegenstände des lebenswichtigen Bedarfs dadurch verteuert, daß er sich, ohne die Bedarfsdeckung zu fördern, in den üblichen Warenverkehr einschiebt.

§ 2

Hat der Täter wissentlich und gewissenlos oder aus grobem Eigennutz gehandelt oder ist er, bevor er die neue Tat beging, schon einmal wegen eines Vergehens gegen dieses Gesetz rechtskräftig verurteilt worden, so kann auf Zuchthaus erkannt werden.

§ 3

Auf das Verfahren finden die §§ 10—31 des Gesetzes über Notmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Ernährung und des Verkehrs (Bewirtschaftungsnotgesetz) vom 30. Oktober 1947 in der Fassung des Gesetzes vom 5. August 1948 (WiGBl. S. 79) Anwendung.

Die strafrechtliche Verfolgung soll grundsätzlich im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden.

§ 4

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft und am 31. Dezember 1948 außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird nach Zustimmung des Länderrats hiermit verkündet.

Frankfurt, den 7. Oktober 1948.

Der Präsident des Wirtschaftsrates:
gez. Dr. Erich Köhler

Aufstand in Südkorea

Seoul, 20. Okt. (AP) Über Südkorea wurde am Mittwoch der Ausnahmezustand verhängt. Nachdem kommunistische Soldaten die Städte Sunchon und Yosu besetzt hatten. Nach den ersten unvollständigen Berichten unternahmen 40 Mitglieder einer kommunistischen Zelle innerhalb der Armee einen Angriff auf die Polizei in Yosu als Vergeltung für die Verhaftung ihres Zellenleiters.

Die Putschisten hatten sich offenbar die Rivalität zwischen der Polizei und der Armee zunutze gemacht und 200 bis 800 Soldaten überredet, sich ihnen anzuschließen. Sie hätten mit dieser Unterstützung die Polizei in Yosu hinter Schloß und Riegel gebracht, einen Eisenbahnzug beschlagnahmt und mit ihm nach Sunchon gefahren.

Französische Demontage-Antwort

Washington, 20. Okt. (Dena) Die französische Antwort auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten, die Demontage in Westdeutschland zu verlangsamen, ist am Dienstag bei der amerikanischen Botschaft in Paris eingegangen. Frankreich stimmt darin dem Vorschlag zu, macht jedoch bei einigen bestimmten Fabriken kleinere Abänderungswünsche geltend. — Die britische Antwort war bereits am Wochenende in Washington eingegangen. Damit dürfte nun einer Regelung des deutschen Reparationsproblems nichts mehr im Wege stehen. Regierungsbeamte in Washington gaben in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck, daß die ganze Angelegenheit bis Mitte Dezember oder zumindest bis Anfang nächsten Jahres geklärt sein wird.

Wie AP aus Mülheim meldet, haben seit mehr als 24 Stunden Arbeiter der Rheinischen Röhrenwerke die zur Demontage vorgesehenen Abteilungen des Werkes besetzt. Die britische Militärregierung, die am Montag den Beginn der Demontage befahl, hat die Belegschaft des Werkes durch ein befristetes Ultimatum aufgefordert, die Werkanlagen zur reibungslosen Abwicklung der Demontagearbeiten zu räumen.

Abkommen über die Rheinschiffahrt

Genf, 20. Okt. (AP) Die Wirtschaftskommission der UNO für Europa gab am Dienstag die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Regierungen Belgiens und Hollands einerseits und den britisch-amerikanischen Besatzungsbehörden Westdeutschlands andererseits bekannt, das einen Fortschritt in Richtung auf eine völlige Freiheit der Rheinschiffahrt bedeutet. Danach dürfen deutsche Lastkähne die Wasserstraßen Belgiens und Hollands und umgekehrt holländische und belgische Lastkähne die der Bizone befahren.

Diskussionen um den Streitfall Berlin weiter ergebnislos

Cadogan: Jeder Plan zur Lösung des Problems wird bei anhaltender Blockade fehlschlagen

Paris, 20. Okt. (AP) Zu Beginn der Debatte über die Berliner Frage am Dienstag im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wies der britische Delegierte darauf hin, daß jeglicher Plan zur Lösung der deutschen Frage zwischen Ost und West fehlschlagen müsse, solange die sowjetische Blockade Berlins bestehe.

Sir Alexander Cadogan stellte fest, die drei Westmächte seien jetzt der Überzeugung, daß es unmöglich sei, selbst auf der Basis des am 30. August mit Marschall Stalin getroffenen Abkommens mit den Russen zu verhandeln. In diesem Abkommen hatten sich die Westmächte bereiterklärt, die deutsche Mark der Ostzone als einzige Währung für Berlin anzuerkennen als Gegenleistung für die Aufhebung der Blockade.

Sir Alexander beantwortete die Fragen des amtierenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates, Dr. Bramuglia, über Einzelheiten der Blockade und des Abkommens vom 30. August „Diese Beschränkungen stellen einen planmäßigen und heimtückischen Versuch dar, die westlichen Besatzungsmächte an der Erfüllung ihrer Verpflichtung zu hindern und ihre Rechte als Besatzungsmächte zu schmälern.

Sämtliche sowjetischen Beschränkungen im Berliner Fall", so fuhr der britische Delegierte fort, „dauern noch an". Solange diese aber beständen, müsse befürchtet werden, daß alle Pläne und Abmachungen, einschließlich der in Moskau am 30. August gemachten Vorschläge, dasselbe Schicksal erleiden würden.

Der amerikanische Delegierte im Sicherheitsrat, Dr. Philip C. Jessup, erklärte sodann, der russische Würgegriff um Straßen, Schienen- und Wasserwege nach Berlin sei verstärkt worden, während der Sicherheitsrat berate. „In dem Augenblick, in dem sich der Sicherheitsrat mit der Berliner Blockade befaßt, haben die sowjetischen Behörden zusätzliche Schritte unternommen, diese noch zu verschärfen."

Die Regierung der Sowjetunion habe die Bedrohung des Friedens geschaffen, so fuhr Dr. Jessup fort, und die sowjetische Regierung könne diese auch wieder beseitigen. Die Sowjetunion habe versucht und versuche noch immer, „unter Mißachtung ihrer Verpflichtungen durch ungesetzliche Maßnahmen zwangsweise politische Ziele zu erreichen, die ihr nicht zustehen und die sie auch nicht mit friedlichen Mitteln erlangen könne. Die Westmächte jedoch könnten angesichts des offensichtlichen Versuchs, derartige Ziele durch Zwang und Druck zu verwirklichen, nicht fortfahren, auch nur über die Währungsfrage zu verhandeln.

„Wir fordern den Sicherheitsrat auf", fuhr Dr. Jessup fort, „um die Bedrohung des Friedens zu beseitigen, einer Diskussion mit der sowjetischen Regierung nicht aus dem Wege zu gehen, sondern die Möglichkeit zu schaffen, frei von Druck zu verhandeln." Die Sitzung des Sicherheitsrates über die Berliner Frage wurde auf Freitag vertagt.

Die Sowjets sollen, wie AFP aus gut informierten Kreisen erfährt, zur Aufhebung der Berliner Blockade unter den Bedingungen bereit sein, daß Viermächtebesprechungen hinsichtlich der Einführung einer gemeinsamen Währung in allen vier Besatzungszonen Deutschlands aufgenommen werden.

Dr. Bunche verlangt Einschreiten der Vereinten Nationen

Sofortiges Einschreiten der Vereinten Nationen verlangte am Montag Dr. Ralph Bunche, der Vermittler der UNO in Palästina, um den Kämpfen zwischen Juden und Arabern in Südpalästina Einhalt zu gebieten. Die unerläßliche Vorbedingung für die Wiederherstellung des normalen Zustandes sei nach Bunche die sofortige Einstellung des Feuers im Negeb-Gebiet. Danach müßte als Grundlage für künftige Verhandlungen über Garantien, die eine Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle verhüten, folgende Sätze gelten:

1. Zurücknahme der Streitkräfte beider Parteien auf die Ausgangsstellungen, die sie vor den Kämpfen im Negeb-Gebiet innehatten.
2. Annahme der Bedingungen, die vom Überwachungsausschuß für den Waffenstillstand hinsichtlich der Geleite nach Jerusalem festgelegt wurden, durch beide Parteien.
3. Beide Parteien müßten sich einverstanden erklären, durch Vermittler der UNO oder direkt Verhandlungen aufzunehmen. Dabei müßten unter anderem die Rückkehr der Araber, die aus ihren Heimstätten vertrieben wurden, die Einbringung der Ernte im Negeb-Gebiet und die Räumung jüdischer Siedlungen, die dort von ägyptischen Truppen besetzt sind, zur Sprache kommen.

In der Sondersitzung des Sicherheitsrates über die Palästinafrage erklärte der Palästinavermittler der UN, Dr. Ralph Bunche, die israelische Antwort auf den Vorschlag einer dreitägigen Waffenruhe komme einer Ablehnung gleich. Ägypten habe den Vorschlag angenommen und sich mit Verhandlungen über eine Regelung der Streitfrage Südpalästina in Kairo und Tel Aviv einverstanden erklärt. Der israelische Vertreter Aubrey S. Eban behauptete dagegen, von einer israelischen Ablehnung irgendeines Teiles des Plans könne keine Rede sein. Die Berichte Dr. Bunches seien „keine vollkommene und genaue Darstellung der Tatsachen."

Da kein Beschluß gefaßt werden konnte, schlug der Vorsitzende des Sicherheitsrates, Warren Austin, die Vertagung des Rates vor. Gegen diesen Vorschlag wandte sich jedoch der syrische Delegierte Faris el Khoury, der auf die nachteilige Wirkung einer Vertagung in der Öffentlichkeit hinwies und eine Resolution einbrachte, in der die sofortige Feuereinstellung im Süden Palästinas sowohl auf israelischer als auch auf arabischer Seite gefordert wird.

Der politische Ausschuß der UN-Vollversammlung beschloß am Mittwochnachmittag, lt. AFP, mit 34 gegen 11 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen, die Diskussion des Palästinaproblems aufzuschieben und unverzüglich einen mexikanischen Vorschlag zu prüfen, in dem die Großmächte aufgefordert werden, sich ehrlich zu bemühen, ihre Meinungsverschiedenheiten zu beheben und einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Israel nimmt an

Die provisorische Regierung von Israel hat sich zur sofortigen Annahme des einstimmigen Beschlusses des Sicherheitsrates zur Einstellung des Feuers in der Negeb-Wüste bereiterklärt, meldet AFP aus Tel Aviv.

Vor den Wahlen zum Rat der Republik

Erneute Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden in Frankreich

Paris 20. Okt. (AP) Nach den letzten Zählungen des französischen Innenministeriums ergibt sich folgende Stimmenverteilung für die Wahlen zum Rat der Republik: Unabhängige des rechten Flügels 21 178, Sozialisten 17 590, Sammlungsbewegung General de Gaulles (RPF) 12 998, Radikalsozialisten 12 324, Kommunisten 10 259, Volksrepublikaner (MPR) 8 980.

Ein Sprecher General de Gaulles erklärte zu dem Wahlergebnis, daß etwa 50 bis 60 Prozent der unabhängigen Delegierten während seiner kürzlich unternommenen Wahlreise von ihm gewonnen seien. Die gewählten 100 011 Delegierten werden am 7. November 320 Mitglieder des Rates der Republik wählen.

Die KP Frankreichs erklärte, daß sie nach den Ergebnissen der Vorwahlen für den Rat der Republik an Stelle ihrer bisher 80 Sitze voraussichtlich nur noch 12 erhalten wird.

Der Aufruf des französischen CGT-Bundes an die Kohlenbergarbeiter, keine Sicherheitsmannschaften mehr in die Gruben zu entsenden, hat laut AFP unter den Arbeitern selbst keine einheitliche Reaktion ausgelöst. Während sie in Nordfrankreich und im Loire-Becken die Pumpstationen und Entlüftungsanlagen verlassen haben, versehen im Mosel-Revier die Bergleute nicht nur die Notstandsarbeiten, sondern sie nehmen in steigendem Maße die Arbeit wieder auf. Im Loire-Gebiet haben Truppen teilweise die Instandhaltungsarbeiten übernommen.

Die Besetzung der bedrohten Gruben hielt am Dienstag an. In Carmaux in Südwestfrankreich übernahm die Polizei trotz einer Menge von 1000 Streikenden ohne Zwischenfälle ein Kraftwerk, wodurch die Stromversorgung im Ktarngebiet gesichert wurde. Auch im nördlichen Kohlenbecken erfolgten Polizeiaktionen. Zu einem Zusammenstoß kam es in La Forest, als eine Gruppe von 100 nichtkommunistischen Grubenarbeitern erstmalig seit Streikbeginn die Arbeit wieder aufzunehmen suchte. Sie wurden von kommunistenfreundlichen Streikposten aufgehalten, ohne daß es zu Personenschäden kam.

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und streikenden Grubenarbeitern kam es bei St. Etienne in Mittelfrankreich. Nach AFP-Berichten, griffen hier Streikposten mit Steinen und Schrottstücken die Polizei an.

Starker Wahlerfolg der Gaullisten im Oberelsaß

Freiburg i. B., 20. Okt. (j. t.-Eigenber.) Am vergangenen Sonntag wurden im Oberelsaß durch die Gemeinderäte die Wahlmänner gewählt, die am 7. November die Wahlbezirke bei der Wahl des Rates der Republik zu vertreten haben. Die Zahl der Wahlmänner beläuft sich in dem Wahlbezirk Oberelsaß auf 1159. Davon gehören nach dem Wahlergebnis des Sonntags 579 dem RPF (de Gaulle-Bewegung) an, 270 sind Rechtsunabhängige, 103 gehören zum MRP, 67 sind Sozialisten, 17 Kommunisten, 34 Linksunabhängige, 8 unabh. Sozialisten und 72 Wahlmänner haben keine nähere Parteibezeichnung. Das Ergebnis zeigt einen starken Aufschwung der de Gaulle-Bewegung auf Kosten der Republikanischen Volksbewegung (MRP), der bisher stärksten Partei im Elsaß. Von den zu besetzenden Mandaten zum Rat der Republik wird die RPF mindestens 2, wahrscheinlich sogar 3 Mandate übernehmen.

Grundgesetz wird bis Ende November fertiggestellt sein

Bonn, 20. Okt. (Dena). Der Präsident des parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, zeigte sich am Dienstag in einem Interview davon überzeugt, daß das Grundgesetz bis Ende November fertiggestellt wird. Im übrigen, so sagte er, sei er mit der Arbeit in Bonn zufrieden.

Der Finanzausschuß des parlamentarischen Rates beriet am Dienstag über die Frage, ob in das Grundgesetz Übergangsbestimmungen aufzunehmen sind. Eine Entscheidung konnte nicht getroffen werden, da erst mit dem Kompetenzausschuß Rücksprache genommen werden muß.

Über die am Mittwochnachmittag eröffnete Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates berichten wir zusammenfassend in der Freitag-Ausgabe (Die Red.).

Kommuniqué zur Südschleswig-Frage

Flensburg, 20. Oktober. (AP) Von der schleswig-holsteinischen Landesregierung wurde aus Anlaß der in London eingeleiteten Südschleswig-Verhandlungen ein Kommuniqué herausgegeben, in dem erklärt wird: „1. Fragen der innerdeutschen Verwaltung können nur unter deutscher Beteiligung behandelt werden. 2. Eine Änderung der Verwaltungseinheit von Schleswig und Holstein ist allein aus finanziellen Gründen nicht tragbar. 3. Die Abtrennung Südschleswigs von Holstein stellt nur den ersten Schritt auf dem Wege zur völligen Loslösung Schleswigs aus dem deutschen Landesverband dar. 4. In der Umsiedlung von Flüchtlingen sind bereits die ersten sichtbaren Erfolge erzielt worden. 5. Die Verhandlungen in London werden dänischerseits von Personen geführt, die nicht als berechtigte Vertreter der Belange Südschleswigs angesehen werden können."

Von seiten des SSV-Vorstandes liegt folgende Erklärung vor:

„1. Weder die dänische Regierung noch der SSV können dafür verantwortlich gemacht werden, daß zu den Londoner Südschleswigverhandlungen nicht die Kieler Landesregierung hinzugezogen worden ist.

2. Den Vertretern der britischen Regierung wird an Hand überzeugender Dokumente der Beweis erbracht werden, daß die Behauptung, ein selbständiges Land Südschleswig sei niemals lebensfähig, sehr leicht widerlegbar ist."

„3. Weder die dänische Regierung noch der SSV hat die Forderung nach Angliederung Südschleswigs an Dänemark erhoben. In London steht lediglich die verwaltungsmäßige Abtrennung Südschleswigs zur Debatte.

4. Die bisher eingeleiteten Umsiedlungsaktionen haben nicht die geringste Entlastung gebracht. Im übrigen muß die Kieler Landesregierung allein aus Gründen der Selbsterhaltung darauf bedacht sein, ihre Stimmenzahl zu halten. In dem Agrarland Schleswig-Holstein kann sie das aber nur mit Hilfe einer entsprechenden Flüchtlingszahl erreichen.

5. Die große Mehrheit der einheimischen Bevölkerung Südschleswigs hat sich bei sämtlichen seit 1945 durchgeführten Wahlen für die Konstituierung Südschleswigs zu einem eigenen Landesteil ausgesprochen, da es aber der so denkenden Bevölkerung nicht vergönnt ist, ihre eigenen Vertreter nach London zu entsenden, hat sie sich eines Anwalts bedient, dessen Auffassung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker von einem Ethos getragen wird, das bislang auch von der schleswig-holsteinischen Landesregierung niemals angezweifelt worden ist."

Drei neue Opfer der SMV

Berlin, 20. Okt. (Dena) Das sowjetische Militärtribunal verurteilte in einem zweiten Prozeß gegen Teilnehmer an der Kundgebung auf dem Platz der Republik am Dienstag den Angeklagten Günther Janke zu 1½ Jahren sowie Otto Muncke und den jugendlichen Martin Eickhoff zu je einem Jahr Gefängnis. Eickhoff erhielt Bewährungsfrist und soll sofort auf freien Fuß gesetzt werden.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß Muncke und Janke sich an den Angriffen auf die deutsche Polizei und auf Angehörige der sowjetischen Besatzungsmacht beteiligt bezw. die Menge durch Zwischenrufe zu Angriffen aufgefordert hatten. Eickhoff soll sich unter den Jugendlichen befunden haben, die die Polizei mit Steinen bewarfen.

Scharfe Kontrollmaßnahmen

Sämtliche aus der Sowjetzone nach Berlin fahrenden Kraftfahrzeuge müssen in Zukunft ihren Weg durch den sowjetischen Sektor nehmen. Jede direkte Einfahrt in die Westsektoren ist ab sofort untersagt. Dieser Beschluß wurde am Montag auf einer Konferenz von Vertretern der Polizei aller Länder der sowjetischen Besatzungszone auf Anregung des suspendierten ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Paul Markgraf gefaßt. Alle Fahrzeuge, die Haushaltsgut und bewirtschaftete Ware ohne gültige Begleitpapiere befördern, sollen beschlagnahmt werden.

UN-Arbeit in Stichworten

Politischer Ausschuß: Mit 3[illegible] gegen 6 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen wurde der sowjetische Vorschlag über die Atomenergiekontrolle und die Zerstörung aller vorhandenen Atombomben abgelehnt. Mit 23 gegen 6 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen wurde ein indischer Vorschlag abgelehnt, wonach alle Fragen und Vorschläge an den Atomenergieausschuß zurückverwiesen werden sollten. Mit 40 gegen 7 Stimmen bei 9 Enthaltungen nahm der Ausschuß den 1. Artikel der kanadischen Resolution an. Der 2. Artikel wurde mit 49 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen und der 3. mit 46 gegen 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen gebilligt. Nach Annahme des 4. Artikels mit 43 gegen 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen billigte der Ausschuß in einer nochmaligen Abstimmung den gesamten Vorschlag mit 41 gegen 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Wirtschafts- und Sozialrat: Der Ausschuß nahm am Dienstag einstimmig eine Entschließung an, die internationale Organisation für Zivilluftfahrt davon zu unterrichten, daß gegen die Aufnahme Finnlands in die UN „keinerlei Bedenken" vorlägen. Mit 21 zu 9 Stimmen bei 18 Enthaltungen hat der Sozialausschuß den russischen Vorschlag über die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten abgelehnt. Anschließend wurde Artikel 3 des Entwurfes der Erklärung über die Menschenrechte in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Treuhandausschuß: Der Ausschuß begann am Mittwoch die Bearbeitung des Berichtes des Treuhandrates, über dessen 2. und 3. Sitzung 1944 und 1948.

Sozialausschuß: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß sprach sich gegen sowjetischen Protest dafür aus, die IRO zu einer besonderen Körperschaft der UN zu machen.

Atomenergiekontrollausschuß: Die drei Westmächte unterstützten am Dienstag eine indische Entschließung, die Arbeit des Ausschusses in beschränktem Umfang wieder aufzunehmen.

Internationaler Gerichtshof: Die Vollversammlung und der Sicherheitsrat werden am Freitag gleichzeitig zusammentreten, um die Neuwahl von 5 Mitgliedern des internationalen Gerichtshofes vorzunehmen.

Sicherheitsrat: Die 5 „neutralen" Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates begannen am Mittwoch mit dem Entwurf einer Resolution über den Berliner Streitfall, der dem Sicherheitsrat bei seinem Wiederzusammentreten am Freitag wieder vorgelegt werden soll. (Nach AP u. Dena)

Kurz beleuchtet

Die Streiks in Frankreich und Italien verlaufen so methodisch, daß die führende Hand leicht zu ahnen ist. Nunmehr läßt sich auch erkennen, daß in Frankreich eine neue Streiktechnik entwickelt worden ist, die unter Umständen gefährlichere Wirkungen hat als der plumpe Generalstreik — la grève tournante, der rollende Streik. Der kommunistische Generalsekretär der Confédération Générale de Travail hat neulich zugegeben, daß „oft Teilstreiks, wenn gut geführt, bessere Resultate erzielen, als eine Massenaktion". Und wenn die kommunistische Zeitung L'Humanité feststellt, „das französische Volk wird nie gegen die Sowjet-Union kämpfen", so läßt sich daraus die geradezu erheiternd zweigleisige Politik des Kreml ersehen, welche die „Souveränität der Völker" wie eine Indianer-Totemsäule behandelt, die von den Unwissenden verehrt werden muß und vom Medizinmann heimlich verlacht wird. Fragt sich nur, ob der Medizinmann der letzte sein wird, der lacht. Oder ob der Marshallplan, gegen den sich die Streiks ja richten, das Wiederaufbauwerk in Westeuropa nicht doch vollenden wird.

H. B.

Im Telegrammstil

Santiago de Chile. Durch den Ausbruch des Vulkans Villarica in Süd-Chile wurden bis jetzt 50 Personen getötet. Straßen, Eisenbahnlinien und Häuser wurden unter dem Lavastrom begraben. (Dena-Reuter)

Buenos Aires. Der spanische Außenminister Alberto Artajo unterzeichnete während seines Aufenthaltes in Buenos Aires vier Verträge, von denen der eine vorsieht, daß Spaniern, die nach Argentinien auswandern, dort die vollen Bürgerrechte zuerkannt werden. Auf Grund der anderen drei Verträge können Spanier und Argentinier in den Streitkräften des anderen Landes dienen, werden Universitätsgrade und berufliche Qualifikationen, die in einem Lande erworben sind, im andern anerkannt und wird ein Austausch von Büchern und Veröffentlichungen auf breitester Basis vorgenommen. (Dena-Reuter)

Stuttgart. Die Stuttgarter Münzanstalt hat am Dienstag mit der Prägung von 83 750 000 1-Pfennig-Stücken begonnen. (Dena)

Freiburg. Der badische Gewerkschaftsbund hielt am Wochenende in Freiburg seinen diesjährigen Bundestag ab, in dessen Mittelpunkt die Beratungen des neuen Betriebsrätegesetzes standen, zu dem noch die Ausführungsbestimmungen fehlen. Der Bundesvorsitzende Reibel forderte eine Lohnerhöhung von 30%, der die Fachverbände zugestimmt hätten, 15% seien nicht ausreichend. (jt.)

Mannheim. Etwa 50—60 000 Werktätige versammelten sich am Mittwochvormittag auf dem Mannheimer Marktplatz zu einer Protest-Kundgebung, um gegen die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates zu demonstrieren. In einer Resolution an Wirtschaftsdirektor Dr. Erhard forderten die Arbeiter und Angestellten eine schafe Überwachung der Preisbildung sowie der Gleichstellung der Gewerkschaften mit den Unternehmern in allen wirtschaftspolitischen Fragen. (Dena)

Frankfurt. Am 1. Nov. und 1. Dez. wird in der Bizone lt. VfW. pro Kopf der Bevölkerung je ein Schuhpunkt aufgerufen. (Dena)

Bonn. Das Plenum des parlamentarischen Rates vertagte sich am Mittwochabend, ohne die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, Finanzfragen und zweite Kammer erörtert zu haben, auf Donnerstagvormittag 9 Uhr. (Dena)

Berlin. Die Rundfunksender Frankfurt und München werden nach Mitteilung des Chefs der Omgus-Radio-Kontrollabteilung, Lewis, voraussichtlich noch im Laufe des November in deutsche Hände übergeführt werden. — Der frühere Nazi-Kreisleiter von Görlitz, Dr. Malitz, sowie der ehemalige Görlitzer Nazi-Oberbürgermeister Dr. Meinshausen wurden am Dienstagmorgen im Landgerichtsgefängnis Dresden hingerichtet. Die Verurteilten waren am 22. April wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt worden. (Dena)

Hamburg. Der ehemalige Oberbefehlshaber des deutschen Heeres, Generalfeldmarschall Walter von Brauchitsch, starb am Montagabend in einem britischen Militärhospital in Hamburg an einer Trombose. (Dena)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Jahrgang Nr. 141 BADISCHE Donnerstag, 21. 10. 48
NEUESTE NACHRICHTEN

„Witzlose Kritik"

Daß ein Politiker das Recht hat, seine Politik zu verteidigen, bestreitet niemand, so wird auch Prof. Dr. Erhard kein Vorwurf daraus gemacht, daß er in eigener Sache spricht. Nur: er sollte dabei sachlich bleiben, denn nicht gegen seine Person wird „mit geradezu widerlichen Mitteln" gekämpft, wie er formulierte, sondern nur um die Sache geht es. Niemand bestreitet sein Verdienst, die Wirtschaft so weit wie möglich von den Fesseln der Zwangswirtschaft befreit zu haben, die keine Partei beizubehalten wünschte. Kritik erhebt sich aber berechtigterweise dagegen, daß der Verbraucher mehr und mehr in die Fessel einer Preisentwicklung geschlagen wird, die ihn erdrückt.

Wenn hierauf mit allem Nachdruck hingewiesen und betont wird, daß Dr. Erhard den Einbau notwendiger Sicherungen beim Sprung in die begrenzt freie Marktwirtschaft nicht hinreichend beachtet hat, wenn gefordert wird, für Herabdrückung der überhöhten Preise und Stabilisierung des Preisniveaus zu sorgen, weil nur dann die unvermeidlich gewordene Angleichung von Löhnen und Gehältern an die davongelaufenen Preise einen Sinn hat, so ist das alles andere denn „unfruchtbare, zersetzende, phantasie- und witzlose Kritik", wie Prof. Erhard eifert, sondern eine Kritik, die zu unterlassen eine unverantwortliche Pflichtverletzung sowohl der Parteiführungen als auch der Presse wäre. Das Volk wird nicht aufgehetzt, sondern der vox populi wird in Anerkennung der Berechtigung ihrer Forderungen das Wort gegeben. Jeder hat das Recht, auch unter den von Dr. Erhard vertretenen Wirtschaftstheorien und -praktiken, sich für sein Einkommen wenigstens das beschaffen zu können, was er an Leibes Nahrung und Notdurft braucht. Wenn Herr Prof. Erhard dem Volk aufs Maul schaut, wird er sehen und hören, daß die Masse nicht mehr in der Lage ist, dieses primitive Recht zu verwirklichen, weil die Preise unerträglich in die Höhe gegangen sind.

Das sind die Tatsachen:

Fortgesetzte Preiserhöhungen seit der Währungsreform und Bewirtschaftungsfreigabe, trotz der von Prof. Erhard festgestellten Erhöhung der Produktion lebenswichtiger Verbrauchsgüter um 100% und mehr.

Preistreibereien, ohne daß ein sofortiges und scharfes Einschreiten erfolgt wäre. Statt dessen die These vom „Auspendeln".

Bedauerlich verspätete Festsetzung von Richtpreisen.

Viel zu später Erlaß eines Gesetzes gegen die Preistreiberei —, nämlich erst am 7. Oktober d. Js.

Tolerierung der Argumentation hinsichtlich der unvermeidlichen „Angleichung an die Weltmarktpreise" da, wo sie falsch ist. Wohl ist ein Preisanstieg bei Produkten berechtigt, die auf ausländischen Rohstoffimporten basieren, wie z. B. Textilien (Abhängigkeit vom Woll- und Baumwollweltmarkt). Was aber hat die ausschließlich heimische Produktion mit dem Weltmarktpreis zu tun? Eine Steinguttasse, ein Blechsieb, ein Fabrikat aus heimischer Preßmasse usw. usw.?

Unterlaß einer scharfen Kontrolle zur Herabdrückung der Handelsspannen.

Verzögertes planmäßiges Vorgehen zur Ausübung eines Druckes auf die heimischen Produzenten zur Verbilligung der Erzeugung.

Bleiben wir bei dieser kurzen Aufzählung stehen, um nicht zu ausführlich zu werden.

Daß der Bevölkerung sich die schwerste Unruhe bemächtigt hat, ist eine Tatsache, vor der man die Augen nicht schließen kann und darf. Es muß für eine Preiskorrektur nach unten sowie für eine Stabilisierung der ermäßigten Preisniveaus mit größter Beschleunigung gesorgt werden. Das Gesetz gegen die Preistreiberei im Verein mit einer rasch und gründlich geübten Kontrolle gibt — endlich! — die Handhabe.

Daß die Einfuhr ausländischer Fertigwaren ein zweites aussichtsreiches Mittel ist, wurde an dieser Stelle wiederholt betont. Das „Jedermann-Programm" kann seinen Teil beitragen, wenn es vernünftig gehandhabt wird, d. h. wenn wirklich so viel Ware an den Markt bringt, daß die jetzt bestehende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage ausgefüllt wird mit Ware von guter Qualität und zu Preisen, die wesentlich unter den jetzt für Verbrauchsgüter verlangten liegen. Damit auch die nicht in dem Programm eingeschlossenen Produzenten eine kräftige Ermunterung zu fruchtbareren Anstrengungen erhalten.

Kein Mensch erwartet, daß die Preise von heute auf morgen fallen, jeder aber darf erwarten, daß dem Preisauftrieb sofort Einhalt geboten wird und die Preise auf ein Niveau herabgedrückt und auf diesem stabilisiert werden, das keinen Anlaß zu berechtigter Kritik mehr bietet. Die Möglichkeiten sind durchaus gegeben, nur auf schnelles Handeln kommt es an. Erfolgt es, wird die von Dr. Erhard geschmähte Kritik von der Anerkennung abgelöst werden, die das Volk bereitwillig dem ausspricht, der seinen Lebensrechten gerecht wird. W. S.

General Clays These

Nachdenklichen Leuten in Westdeutschland muß die Stellung ihres Landes im Gefüge der internationalen Politik bisher recht unsicher — um nicht zu sagen, unheimlich — erschienen sein. Die Rolle des „ausgesperrten Kindes" barg schließlich die Gefahr in sich, mit der des „einsamen Wolfes" vertauscht zu werden, der sich eines Tages wieder dem Rudel seiner aus dem Osten zugewanderten Artgenossen zugesellte, weil sie ihm freundliche Aufnahme und Futter versprachen.

Ohne Gleichnis: es bestand die Gefahr, daß das von den Russen geäußerte Versprechen einer nationalen Einigung, wenn auch unter russischer Führung, größere Verführung wurde als, sagen wir, amerikanische Carepakete. Bei aller Ungeschicklichkeit der russischen Propaganda durfte nicht übersehen werden, daß sie einige gute Karten in der Hand hatte, ja noch hat, wie wir sehen werden, die bei geschicktem Spiel einige Stiche einbringen konnten. Die nationale Einheit wurde schon erwähnt. Der Plan, die Oder-Neiße-Grenze wieder zu beseitigen, muß sehr wohl erwogen worden sein, und ist nur auf heftigsten polnischen und tschechischen Einspruch wieder fallen gelassen worden. Daß die Namen Seydlitz und Paulus und mit ihnen die Möglichkeit der Aufstellung eines deutschen Heeres auch heute noch die Gemüter vieler junger Exsoldaten erregen, ist nicht zu leugnen.

Vor allem aber wird der russische Vorschlag, alle Besatzungstruppen aus Deutschland abzuziehen, der nach dem Vorgang in Korea mit Sicherheit zu erwarten ist, eine richtige Entgegnung der Westalliierten finden müssen. Der Vorläufer dieses zu erwartenden Angebots der Russen ist ihr Verhalten vor dem Sicherheitsrat. Da sie die Lösung der Fragen Berlin und Deutschland von der Außenministerkonferenz gefunden wissen wollen, muß konsequenterweise der obige Vorschlag von ihnen gemacht werden, wenn sie sich die in Berlin errungene Initiative nicht wieder aus den Händen nehmen lassen wollen.

Was müssen die Westalliierten darauf entgegnen oder was tun, um den Russen Widerpart im Streit um das deutsche Nationalgefühl zu bieten?

Die Schwierigkeit liegt darin, den Deutschen im Westen handgreiflich klar zu machen, daß der russische Vorschlag Gefahren bietet, die die Annehmlichkeit des Abzugs aller Besatzungstruppen weit aufwiegen. Da ist einmal die geringe Entfernung zur polnischen oder selbst russischen Grenze und die wesentlich größere über den Atlantik hinweg.

Da ist weiter die „Volkspolizei" unter General Seydlitz, der in Westdeutschland nichts entgegenzusetzen ist.

Und es genügt auch nicht, daß General Clay der Ansicht ist, daß „Westdeutschland die beste Gelegenheit bietet, Amerikas politische und wirtschaftliche Kraft gegen die weitere Ausbreitung des Kommunismus nach Westeuropa zu entfalten." Daß vom Morgenthau-Plan bis hierher schon ein großer Schritt war, ist leicht einzusehen. Daß wir nach der kurzen Zeit seit Kriegsende nicht sofort in eine brüderliche Umarmung genommen würden, ist ebenso selbstverständlich. Aber Westdeutschland als ein, wenn auch einigermaßen friedliches, Manöverfeld anzusehen, ist keine Lösung des Problems, was mit ihm geschehen soll.

Wenn man in uns einen möglichen Bundesgenossen sieht, und die Auseinandersetzung zwischen Washington und Moskau läßt im Grunde keinen anderen Ausweg offen, dann muß man uns in die Westunion aufnehmen und uns gleichberechtigt an ihren Aufgaben und Rechten teilnehmen lassen.

Pläne liegen vor; das ist aus den jüngsten Reden Dewey's, Vandenbergs und Dulles' herauszulesen. Aber die Zeit drängt, und abwartende Engherzigkeit wäre Engstirnigkeit, die sich zum Schaden aller auswirken müßte. H. B.

Der Landtag vor neuen Aufgaben

Nach zweimonatlicher Pause trat der Landtag von Württemberg-Baden am 20. Oktober zu seiner neuen Sitzungsperiode zusammen. Ein Teil der Ausschüsse hat die Arbeit schon aufgenommen. So hat der Finanzausschuß sich mit den Auswirkungen des vierten Gesetzes zur Währungsreform befaßt und in einer scharfen Entschließung gegen dieses Gesetz am 11. Oktober Stellung genommen.

Die politische Entwicklung der letzten Monate bringt es mit sich, daß in der kommenden Sitzungsperiode einige Probleme, die nicht neu sind, aber bisher etwas mehr im Hintergrund standen, in voller Schärfe hervortreten werden. Es seien hier nur einige dieser Fragen genannt: Lastenausgleich, Verhältnis zu den Besatzungsmächten und das Verhältnis des kommenden deutschen Staatswesens zu den Ländern.

Diese Probleme werden nicht in den Länderparlamenten gelöst werden, dies überstiege ihre Kompetenzen. Doch wird sich wohl ein nicht zu unterschätzender Teil der Diskussionen um diese Fragen dort abspielen.

Seit dem 1. Dezember 1946, dem Tag der ersten Sitzung des Landtags von Württemberg-Baden, hat sich die politische und staatsrechtliche Lage stark verändert. Wo damals noch kein Weg zu sehen war, sehen wir heute auf eine stetig sich ändernde Entwicklung. Bei der ersten Sitzung des Landtags war noch nicht abzusehen, in welcher Form und auf welche Weise Deutschland als Staatswesen wieder erstehen sollte. Die Länder waren damals die einzige Form, die an eine deutsche Eigenstaatlichkeit erinnerten. Die Einrichtung des Wirtschaftsrates war schon aus der Ferne zu erkennen — Die Proklamation Nr. 5 war am 12. Juli 1946 der deutschen Öffentlichkeit bekannt geworden — seine Entwicklung jedoch war nicht vorauszusehen. Gerade von der Länderseite her wurde dieser Versuch der Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Verwaltung skeptisch beurteilt. Daß diese Skepsis ihre Berechtigung hatte, zeigt die Tatsache, daß der Wirtschaftsrat durch die Proklamation Nr. 7 vom 5. Februar 1948 in seiner Form und Zuständigkeit entscheidend verändert wurde.

Daß die weitere Entwicklung zu einem deutschen Oberstaat führen wird, dürfte nach der Einberufung des Parlamentarischen Rates in Bonn zur Schaffung einer Verfassung nicht mehr zweifelhaft sein. Mit dieser Änderung, die zu erwarten ist, werden sich auch die Kompetenzen der Landtage ändern. Es wird deshalb niemand verwundern, wenn die Landtage heute schon Themen, die mit Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit in die Kompetenz des künftigen deutschen Parlamentes fallen, zurückstellen, zumal eine Fülle anderer Fragen ihrer Lösung harren.

Eine Anzahl von Themen der vergangenen Sitzungsperiode des württemberg-badischen Landtages sind nicht zu Ende behandelt worden, teils, weil sie von den Ereignissen überholt worden sind, wie etwa die Frage der Stellung der beiden Landesteile Württemberg und Baden zueinander, oder weil die Militärregierung ihre Zustimmung nicht gab, wie im Falle des Betriebsrätegesetzes. Beide Themen werden wahrscheinlich Gegenstand weiterer Beratungen in der gegenwärtig anlaufenden Sitzungsperiode sein. An weiteren Beratungen über grundsätzliche Fragen sind zu erwarten: Verhältnis der Länder zum kommenden deutschen Staat, Lastenausgleich und im Zusammenhang mit dem kommenden Besatzungsstatut, Erörterung und Vorschläge zur Gestaltung des Verhältnisses der Besatzungsbehörden zu den Organen der deutschen Selbstverwaltung. Mit Grund können sich die deutschen Organe dabei auf Ausführungen von General Clay stützen, der in einer Rede am 30. September 1946 erklärte, daß die amerikanische Militärregierung dazu übergehe, allmählich immer mehr Verantwortung auf die deutschen Selbstverwaltungsorgane zu übertragen. Hue.

Suspendierung des Betriebsrätegesetzes undemokratisch

(Von unserer Stuttgarter Redaktion)

Stuttgart, 20. Okt. Nach 10wöchiger Pause nahm der württ.-bad. Landtag am 20. Oktober seine Arbeit wieder auf. Zu Beginn der 89. Sitzung gedachte Landtagspräsident Wilhelm Keil mit bewegten Worten der Abg. Paul Schreck und Josef Harter, die beide durch den Tod aus ihrer Arbeit gerissen wurden. Präs. Keil beglückwünschte den stellv. Ministerpräsidenten und Finanzminister Dr. Heinrich Köhler und Bürgermeister Heurich zum 70. Geburtstag und begrüßte den Nachfolger von Abg. Harter, Herrn Dr. Valentin Gahr und den Abg. Simpfendörfer, der nach seiner politischen Entlastung wieder in den Landtag einzieht.

Zur strittigen Frage um das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer verlas Landtagspräsident Keil einen Brief der Militärregierung, worin diese Einspruch gegen die das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht betreffenden §§ des Betriebsrätegestzes erhebt und ausführt, daß erst nach einer Anerkennung der westdeutschen Verfassung diese Frage geklärt werden könne.

Präs. Keil erklärte, daß dieses Betriebsrätegesetz in keinem Punkt der Verfassung widerspreche, sondern ein Ausführungsgesetz der württ.-bad. Verfassung sei. Die Suspendierung sei in keinem Fall mit dem Satz von General Clay: „Es ist Grundsatz der Vereinigten Staaten, den Deutschen in wachsendem Maße zu gestatten, sich selbst zu regieren" und dem häufig gehörten Vorwurf von amerikanischen Persönlichkeiten und Dienststellen, die Deutschen würden zu wenig Initiative entfalten, in Einklang zu bringen. Die Hilfe der amerikanischen Besatzungsmacht und ihre humane Besatzungspolitik seien anerkennenswert, aber wir würden uns schuldig machen gegen unser Volk und die Geschichte unseres Landes, wenn nicht Einspruch erhoben würde gegen unverständliche Maßnahmen, die mit unseren demokratischen Auffassungen nicht vereinbar seien. Landtagspräsident Keil nahm sodann gegen das von der Besatzungsmacht erlassene 4. Währungsgesetz Stellung, das sich mit unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit nicht in Einklang bringen lasse.

Anschließend berichtete Abg. Haußmann (DVP) über den Verlauf und die Ergebnisse des 2. Kongresses der europäischen parlamentarischen Union in Interlaken, an dem neben mehreren Landtagsmitgliedern auch 15 deutsche Vertreter aus anderen Ländern teilgenommen hatten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sei das Verständnis für Deutschland stark gewachsen und Deutschland, nach Befürwortung durch einen englischen Vertreter, als vollwertiges Mitglied in die Union aufgenommen worden.

Abg. Wiedemeier (CDU) gab einen Überblick über die weitere Entwicklung des paneuropäischen Gedankens seit der Konferenz in Interlaken. Ein schwierig zu lösendes Problem stelle der Führungsanspruch Frankreichs und der Verzicht der Länder auf gewisse Souveränitäten dar. Die Haltung der Besatzungsmächte in Fragen der Dollarbeihilfe und der Demontage sei nicht dazu angetan, das deutsche Vertrauen in die Ehrlichkeit der andern Länder zu festigen, besonders bei den Franzosen sei eine größere Geste der Verständigung zu vermissen.

Abg. Nuding (KP) warnte vor Illusionen und erklärte, daß solange ein kapitalistisches System bestehe, in einem vereinigten Europa keine Gleichberechtigung der dort zusammengeschlossenen Partner möglich sei. Abg. Bernhard (DVP) entgegnete, daß Paneuropa nicht von vornherein mit dem Problem der Gleichberechtigung belastet werden dürfe. Bei der Eingliederung Westdeutschlands handle es sich um eine Vorstufe, um einen ersten Schritt.

In einer gegen die Stimmen der Kommunisten angenommenen Entschließung begrüßte der Landtag alle Bestrebungen, um die Einigung Europas, die das deutsche Volk wieder als gleichberechtigtes Mitglied in die europäische Völkerfamilie zusammenführe.

Abg. Töpper (SPD) setzte sich im Verlauf der ersten Beratung eines Gesetzentwurfs über die Errichtung von Friedensgerichten in allen Gemeinden für diesen Entwurf ein, da die Amtsgerichte schon heute überlastet und dem zu erwartenden Ansturm mit kleinen Streitfällen nicht gewachsen seien. Im Zusammenhang damit forderte Töpper, der Polizei wieder das Recht zu geben, gebührenpflichtige Verwarnungen zu erteilen. Dagegen schlug Abg. Brandenburg (DVP) die Einführung von Schnellgerichten vor.

Das Gesetz über die Errichtung von Dienststrafhöfen wurde in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen. Die Änderung über das Gesetz zur Dienststrafordnung wurde dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Rasse stellt sich vor . . .

Sind das nicht Prachtexemplare rassischer Schönheit — die Hunde? Sie machen der jungen Dame mit dem strahlenden Lächeln der Siegerin geradezu Konkurrenz. Drei Paar befriedigt, erwartungsvoll und träumerisch blickender Augen, die — alle drei — Rasse verraten, sehen Sie an! Langhaarig wie sie sind — auch alle drei —, mit edel geformten schmalen Köpfen, die sich gern einmal kraulen lassen, harren sie nun der Dinge, die da kommen sollen und die unangenehm störend das reizende Trio verärgern können, wenn in das friedliche Idyll die Frage nach dem Erwerbspreis für diese Geschöpfe der wunderbaren Natur platzt. Wer wird in diesem Falle dem Denker Schopenhauer beipflichten, wenn er sagte: „Seit ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere"? -ds-

Was sie von Krieg und Frieden denken

Die jüngste amerikanische große Tageszeitung, der „Los Angeles Mirror", begann sein Erscheinen mit einer Rundfrage an die Staatsmänner der Welt über Krieg und Frieden. Aus den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs erhielt die Zeitung wie auf Verabredung einen einstimmigen Korb. Von den öffentlichen Antworten seien zitiert:

Winston Churchill: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt beruht das einzig sichere Fundament des Friedens auf der Stärke. Wenn es nicht die Atombombenvorräte gäbe, die sich heute in der Treuhandschaft der Vereinigten Staaten befinden, dann bestünde kein Mittel, um die Unterjochung Westeuropas durch die kommunistischen Machenschaften, unterstützt durch die russischen Armeen und verstärkt durch politische Parteien, aufzuhalten."

Gouverneur Dewey: „So sehr wir auch den Frieden wünschen, wir können ihn nicht mit Befriedung erkaufen. Die beste Art für uns, mit den sowjetischen Führern auszukommen, besteht darin, mit ihnen als starke Gleiche zu verhandeln und auf diese Weise ihre Achtung vor uns wiederherzustellen."

General Clay: „Es besteht zur Zeit in den Weltbeziehungen eine Spannung, die nicht leicht genommen werden darf. Sie muß jedoch nicht zum Krieg führen."

Averell Harriman: „Trotz der heute bestehenden Spannungen habe ich die Zuversicht, daß der Krieg verhütet werden kann. Der Schlüssel zu den Problemen des Friedens ist der Wiederaufbau der freien Nationen Europas."

Henry Wallace: „Die Führung unserer auswärtigen Angelegenheiten durch Mr. Truman und die Chefs der Republikanischen Partei hat uns zu einer Krise gebracht, die für Amerika und die Welt phantastisch gefährlich ist. Der Tod Roosevelts bot den geringen Männern, die er in Schach gehalten hatte, ihre Gelegenheit. Jede einzelne dieser Krisen entfernt uns immer mehr vom Frieden und dem friedlichen Wiederaufbau der Welt."

Trygve Lie: „Ich bin überzeugt, daß es in voraussehbarer Zeit nicht zum Krieg kommen wird. Wenn die Völker der Welt ein bißchen gesunden Menschenverstand an den Tag legen und die elementarsten Instinkte der Selbsterhaltung spielen lassen werden, dann wird es nie zum Krieg kommen."

Ministerpräsident de Gasperi: „Ich glaube, daß der Krieg weit entfernt ist. Als Staatsmänner müssen wir für die europäische Zusammenarbeit auf der möglichst breiten Grundlage wirken, nach wirtschaftlicher Solidarität streben und eine Politik des Wiederaufbaus verfolgen."

Pandit Nehru: „Die Großmächte der Welt befinden sich in einem Zustand akuter Spannung, und dies stellt eine wirkliche Gefahr für den Frieden dar. Ich glaube jedoch, daß sich die Drohung nicht verwirklichen und es nicht zum Krieg kommen wird."

Präsident Inönü: „Der Friede kann erhalten bleiben, wenn auf beiden Seiten der Wille dazu besteht. Wenn die Vereinten Nationen einen klaren und festen Standpunkt einnehmen, dann können Wege gefunden werden, um den Frieden zu erhalten."

Bernard Shaw: „Da die Unwissenheit, die Torheit und die Streitsucht der Leute, die uns regieren, keine Schranken kennt, ist keine Ungeheuerlichkeit, sogar nicht ein neuer selbstmörderischer Weltkrieg, unmöglich oder vermeidbar!" AEP

Wahlkampagne in den Vereinigten Staaten

Am 2. November werden die Amerikaner den Mann wählen, der in den nächsten vier Jahren die Geschicke ihres Landes leiten wird. Die beiden größten Parteien der USA haben ihre Kandidaten auf den Parteikonventen nominiert, und zwar wird für die Demokraten der bisherige Präsident Harry S. Truman kandidieren, für die Republikaner der Gouverneur von New York, Thomas E. Dewey. Vizepräsidentschaftskandidaten sind Senator Alben W. Barkley (Demokrat) und Gouverneur Earl Warren (Republikaner) aus Kalifornien.

Die Kandidaten für das höchste Amt der Vereinigten Staaten hielten sich früher oft weitgehend vom Wahlkampf zurück und traten nur gelegentlich vor die Öffentlichkeit. Dies hat sich heute völlig geändert. Die Bewerber von heute führen persönlich einen scharfen Kampf um die Stimmen ihrer Wähler und leiten die organisierte Wahlkampagne. Im Mittelpunkt der Kampagne stehen die Wahlreisen der Kandidaten. In räumlich und zeitlich aufeinander abgestimmten Reiserouten durchqueren die beiden Kandidaten einer Partei die Vereinigten Staaten. Am Labor Day, dem 6. September, begann der Wahlfeldzug Präsident Trumans, der bis zum Vorabend des Wahltages fast ununterbrochen unterwegs sein wird.

Die verstärkte Beteiligung der Kandidaten am Wahlfeldzug hat in letzter Zeit den amerikanischen Wahlen ein würdigeres Gepräge gegeben. Im 19. Jahrhundert kennzeichneten farbenfreudige Umzüge, Wahllieder und „slogans", die für Amerika charakteristischen Wahlparolen, die Wahlkampagnen, die oft mit leidenschaftlicher Erbitterung geführt wurden und Anlaß zu aufsehenerregenden Zwischenfällen und prächtigen Massendemonstrationen gaben. Fackelzüge, Massenchöre und beißende persönliche Anfeindungen gehören jetzt weitgehend der Vergangenheit an, und der frühere Trubel hat aufgeklärteren Wahlen Platz gemacht.

Auf den großen Parteikonventen der Demokraten und Republikaner werden die Nationalkomitees der Parteien gewählt, die den eigentlichen Wahlkampf organisieren. Parteihauptquartiere für die Dauer des Wahlkampfes werden errichtet, Broschüren verteilt und Redner ausgewählt. Der Kampf um die Stimmzettel beginnt. Reden, Diskussionen und parteipolitische Manöver steigern sich von Anfang September bis zum Wahltag zu immer größerer Heftigkeit.

Solch ein Wahlfeldzug muß umfassend gründlich organisiert werden und bedarf großer Geldmittel. Nationale und einzelstaatliche Wahlkomitees leiten ihn und sorgen überall für die einheitliche Linie. Die Kosten eines solchen Wahlfeldzuges sind gegen früher außerordentlich gestiegen. Während Thomas Jefferson im Jahre 1800 noch mit 50 Dollar ausgekommen sein soll, werden die Ausgaben der Parteien für die diesjährigen Wahlen auf 20—25 Millionen Dollar geschätzt.

Obwohl die Präsidentschaftskandidaten im Brennpunkt des allgemeinen Interesses stehen, beschränkt sich die Rednerkampagne nicht auf sie allein. Die nationalen und örtlichen Parteikomitees schicken Hunderte von Propagandamännern auf die Straßen und in die Versammlungslokale, und in überfüllten Stadthallen und vor zusammengelaufenen Gruppen an belebten Straßenecken versuchen Redner die Wähler für ihren Kandidaten zu gewinnen.

Wenn auch die amerikanische Wahlkampagne auf den ersten Blick oft tumultarisch erscheinen mag, so hat sie doch ihren tieferen Sinn. Denn in einem Land der Rede- und Pressefreiheit müssen die Kandidaten vor aller Öffentlichkeit ihre Programme entwickeln und ihr Charakter und ihre politische Vergangenheit müssen vor dem kritischen Wähler bestehen können, der dann am Wahltag seine eigene freie Entscheidung fällt. (AD)

Militärische Sorgen der Westunion

Von unserem Pariser Pl.-Korrespondenten

Die Errichtung eines Verteidigungsrates der Westunion, welcher der Kern zu einem künftigen gemeinsamen Generalstab ist, verlief nicht reibungslos. Nachdem die Kriegsminister Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, Luxemburgs in gemeinsamen Besprechungen am 28. September in Paris die Einsetzung dieses Verteidigungsrates beschlossen, die führenden Posten verteilt und sich wieder in ihre Hauptstädte zurückbegeben hatten, gab es einen Kurzschluß. Die französische Regierung bat die englische, das bereits ausgearbeitete Kommuniqué nicht zu veröffentlichen, da sich in Paris in letzter Minute Schwierigkeiten eingestellt hatten. Oberflächlich betrachtet, bestanden diese Schwierigkeiten darin, daß der Generalresident von Marokko und Oberbefehlshaber der in Nordafrika stationierten französischen Truppen, General Juin, dem derzeitigen französischen Kriegsminister Paul Ramadier kategorisch ablehnte, den ihm angetragenen Posten des Chefs der Landstreitkräfte der Westunion zu übernehmen, und als Ramadier, nachdem nun einmal alles beschlossen war, insistierte, erklärte, er würde es vorziehen, um seine Versetzung in den Ruhestand zu bitten. Hätte es sich hierbei nur darum gehandelt, daß General Juin nicht unter Marschall Montgommery arbeiten wollte, so wäre der ganze Fall damit erledigt gewesen, daß man den von ihm ausgeschlagenen Posten mit dem General de Lattre de Tassigny besetzte, der vor einigen Monaten von Montgomery in einem persönlichen Brief gebeten wurde, die militärische Karriere nicht aufzugeben, sondern sich für eine militärische Aufgabe zu reservieren.

Die Divergenzen innerhalb der Westunion gehen jedoch auf militärischem Gebiet über das Persönliche hinaus, resultieren in erster Linie aus der anzuwendenden strategischen Conzeption und verdienen deshalb Interesse. Zunächst ist festzustellen, daß es sich nicht darum handelt, heute oder morgen einen Krieg mit der Sowjetunion zu führen, den kein Mensch haben will, wohl aber darum, sich auf die Möglichkeit eines solchen Krieges vorzubereiten, nachdem sich erwiesen hat, daß ein gemeinsamer Wiederaufbau Europas durch die West-Alliierten und die Sowjetunion unmöglich ist. Nach dieser Erkenntnis bekam zunächst der Marshallplan einen anderen Sinn. Er wurde vom Hilfsplan zum Organisationsplan, vom Organisationsplan zur Grundlage der Wiederaufrüstung Westeuropas. Mit dem Problem Berlin, in dem die Amerikaner die diplomatische Führung übernahmen und die durch die Marshallplanhilfe an sie gebundenen westeuropäischen Alliierten in dieser Frage in ihre unbedingte Gefolgschaft zwangen, fiel die ganze französische Nachkriegs-Außenpolitik, soweit sie sich um den Ausgleich zwischen Osten und Westen bemüht hatte, ins Wasser. Frankreich mußte nolens — volens seine Vermittlerrolle aufgeben und sich in die antisowjetische Front einordnen. Obwohl dieser Vorgang längst vollzogen ist, bleiben zwei Fragen offen: erstens die militärische Sicherung Westeuropas, zweitens die deutsche Frage. Der Quai d'Orsay ist, weil er nicht anders konnte, Washington bei allen diplomatischen Demarchen in Moskau und vor dem Sicherheitsrat der UNO an der Seite geblieben. Wenn schweren Herzens, dann deshalb, weil man in Paris findet, daß das Risiko, das Frankreich bei der gegenwärtigen USA-Politik gegenüber der Sowjetunion trägt, viel größer ist, als das was die USA und England auf sich nehmen. Die USA sind von der Sowjetunion durch einen Ozean getrennt und verfügen über das größte Rüstungspotential der Welt. England schützt der Ärmelkanal, der auch im letzten Weltkrieg besser gehalten hat, als die Maginotlinie. Sollte es nun wieder zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen, wer schützt dann Frankreich vor einem Vormarsch aus dem Osten, insbesondere, wenn man aus den USA hört, daß in den dortigen militärischen Kreisen der strategische Plan, zunächst nur die europäischen Randgebiete (Spanien, Griechenland, Türkei) und Nordafrika zu halten, nach wie vor sehr verbreitet ist. („Mehr denn je herrscht in den USA die Strategie eines Rückzuges auf Spanien und Nordafrika" schrieb vor kurzem der militärische Mitarbeiter der New York Times.)

Frankreich will also, nachdem es nun einmal in diese antisowjetische Politik hineingezogen wurde, Sicherheiten. Diese militärischen Sicherheiten haben die USA trotz der großen Wirtschaftshilfe, die sie Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg gewährten, noch nicht gegeben. Bei den seit dem Mai dieses Jahres in Gang gekommenen Gesprächen über die Errichtung eines gemeinsamen Generalstabes für die Westunion wurde von französischer Seite von Anfang an die These vertreten, das Präsidium eines solchen Verteidigungsrates müsse einem amerikanischen General übergeben werden. 1. sagte man sich, werden dadurch die Amerikaner an einer sofortigen Einbeziehung Westeuropas in ihre eigene Verteidigungszone unmittelbar interessiert und der Generalstab der Westunion braucht bei den Maerialanforderungen, die er an die USA zu richten hat, nicht als ein fremder Bittsteller aufzutreten, sondern kann diese Forderungen durch einen Amerikaner erheben lassen. 2. wird ein militärischer Atlantikpakt damit schon weitgehend vorbereitet. 3. können Rivalitäten zwischen den Mitgliedern der Westunion dann weniger aufkommen. 4. haben die Amerikaner, wenn es zu einem Krieg kommt, doch das entscheidende Wort zu sagen, die Führung und die Verantwortung auf sich zu nehmen und können dann, da die Entwicklung so vorgezeichnet ist, gleich mit der Organisation eines Generalstabes der Westunion beginnen. Die grundsätzlichen Bedenken gegen die Übernahme des Oberbefehls durch England gründeten sich auf die Überlegung, daß ein britischer Oberbefehlshaber einer Armee der Westunion bei noch so viel Objektivität und noch so viel gutem Willen, doch die Verteidigung der britischen Inseln als wichtigstes strategisches Ziel im Auge haben müsse. Auch der letzte Krieg haben in dieser Hinsicht neue Erfahrungen gebracht und geradeso wie man auf politischem und diplomatischem Gebiet sich täglich von den bitteren Erfahrungen aus der Zeit vor zehn Jahren leiten läßt — „kein neues München"! — so sollten auch auf militärischem Gebiet diese Erfahrungen — keine neue Besatzung, selbst wenn nachher der Krieg gewonnen wird — als Lehre dienen.

Die Amerikaner haben die Übernahme des Präsidiums im Verteidigungsrat der Westunion mit der logischen Begründung abgelehnt, daß, solange noch kein Militärpakt zwischen den USA und Westeuropa bestehe (den man in Paris mit allen Mitteln erzwingen will) sie auch über westeuropäische Armeen keinen Oberbefehl übernehmen könnten. Montgomery ist ernannt, Juin durch de Lattre de Tassigny ersetzt, aber damit haben sich die Dinge noch nicht erledigt. Denn neben der militärischen Sicherung Westeuropas überhaupt ist es für Frankreich von einer besonderen Wichtigkeit zu wissen, welchen Platz Deutschland bzw. Westdeutschland in diesem System eingeräumt werden soll. Bedenkt man, daß noch vor Jahresfrist mit Zähigkeit um die Festsetzung eines deutschen Industrieniveaus gestritten wurde und heute, nachdem diese Phase längst überwunden ist, Pertinax seine Stimme warnend erhebt und sagt, die Deutschen würden bereits in eine politische Schlüsselstellung gebracht, die sie zu „Erpressungen" benutzen könnten, dann sieht man, in welchem Tempo die politische Entwicklung in Westeuropa fortschreitet. Man hat in den USA wiederholt den Einwand gemacht, daß Frankreich, das naturgemäß bei einer Verteidigung Westeuropas eine sehr wichtige Rolle spielen müßte —, denn bei einem militärischen Vacuum in Frankreich ließe sich von einer Verteidigung Westeuropas mit westeuropäischen Kräften überhaupt nicht reden — deshalb bis auf weiteres von den USA keine Waffenmengen anvertraut werden könnten, weil bei der gegenwärtigen innenpolitischen Lage des Landes die Gefahr bestünde, daß sich die Kommunisten dieser Waffen bemächtigten und sie gegen die Lieferanten und ihre Interessen verwenden würden. Viele sehen die Hoffnung in einer Machtübernahme durch de Gaulle. Selbstverständlich würde man in Frankreich, wenn de Gaulle die staatlichen Machtmittel der Armee und der Polizei einmal in der Hand hätte, von einer „kommunistischen Gefahr" nach kurzer Zeit nicht mehr sprechen können. Dafür aber würde ein Regime de Gaulle, wie jedes autoritäre Regime, das als Kraftzentrum eine magnetische Wirkung ausüben will, kein so bequemer Verhandlungspartner sein, wie eine noch so „unstabile" demokratisch-parlamentarische Regierung. In London hat man das, wie die heftigen Reaktionen auf die letzte Pressekonferenz de Gaulles zeigten, sehr schnell begriffen. Gerade in militärischer Hinsicht würde de Gaulle Paris als Führungszentrum der Westunion beanspruchen; was aber für die deutsche Entwicklung noch wichtiger ist, er würde hinsichtlich der deutschen Frage keine Konzessionen über den Rahmen machen, den er gesteckt hat. Das heißt: Westdeutschland soll nach seinem Wunsch zwar wirtschaftlich unter günstigen Bedingungen leben, insbesondere zum Wiederaufbau Westeuropas beitragen, sich aber keinesfalls zentralisieren und zu einem politischen Faktor werden, der bei der Protektion der USA noch eine Schlüsselstellung in Westeuropa bekommen könnte. De Gaulle hält deshalb, wie er das soeben auch wieder in aller Deutlichkeit offen ausgesprochen hat, unbedingt daran fest, daß Westdeutschland nur zu einem locker gefügten Staatenbund, keinesfalls aber zu einem in Frankfurt zentralisierten Bundesstaat gemacht werden darf. Für einen Friedensvertrag mit Westdeutschland würde darum die Haltung einer Regierung des gegenwärtigen Regimes in Frankreich vermutlich gegenüber den deutschen von den USA unterstützten Bestrebungen sehr viel konzilianter sein, als eine französische Regierung de Gaulle. Die Amerikaner, die nun einmal in die europäische Politik verflochten sind und sich aus ihr gar nicht mehr zurückziehen können, werden jedoch bei all diesem Für und Wider in immer besserem Verständnis der europäischen Problematik einsehen, daß die Vereinigten Staaten von Westeuropa ein schönes und notwendiges Ziel bleiben, daß es jedoch seine Gründe hat, warum die Europäer, die nunmehr unter Druck gesetzt, sich einander nähern, von sich aus das Ziel einer Vereinigung niemals erreichen konnten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Wiederaufbau der Kaiserstraße beginnt

Keine Verbreiterung — Pläne des Stadtplanungsamtes werden verwirklicht

Der Bebauungsplan der Kaiserstraße wurde in der Stadtratssitzung am Dienstag, 19. 10., unter Dach und Fach gebracht. Und zwar wird zunächst das Mittelstück zwischen Marktplatz und Hauptpost in Angriff genommen. Von einer Verbreiterung wurde abgesehen. Die Nordfront wird in der alten Form erstehen, während auf der Südseite auf den zerstörten Anwesen einstöckige Ladenbauten vorgesehen sind, hinter denen in 6 Meter Tiefe 5—6stöckige Bauten erstehen sollen. Damit soll der Eindruck einer steinernen Flucht vermieden werden. Die Lösung wird allen Teilen gerecht, da der Grundstücksbesitzer dadurch entschädigt wird, daß er um 1-2 Stockwerke höher bauen darf als seither.

Der Dezernent für den Aufbau, Bürgermeister Heurich, betonte, daß nach der Zerstörung der baulichen Substanz in einem bisher nicht gekannten Ausmaß den Planern eine einmalige Gelegenheit gegeben worden sei, Verbesserungen durchzuführen. Jede Planung erfordere zunächst die Klarstellung gewisser Grundlagen, und diese würden teilweise heute noch fehlen. Voraussetzung für den Wiederaufbau sei die Trümmerbeseitigung gewesen, die er nachdrücklich gefördert habe. Eine der wichtigsten und schwierigsten Fragen sei der Stadtverwaltung in der künftigen Gestaltung des Stadtzentrums, insbesondere der Kaiserstraße, gestellt worden. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß die vorhandene Breite nicht ausreiche, um die doppelte Aufgabe einer gradlinigen Durchgangsstraße für den Verkehr von Ost nach West und gleichzeitig wichtigsten Karlsruher Geschäftsstraße zu erfüllen. Eine verantwortliche Stadtverwaltung könne sich nicht erlauben, auf der alten Bauflucht feste Bauten zu errichten. Die Erstellung provisorischer eingeschossiger Ladenbauten, die sich von 1946 bis heute für die Geschäftswelt rentiert und die er, Bgm. Heurich, und das Planungsamt befürwortet hätten, sei von den Geschäftsleuten abgelehnt worden. Deshalb sei zu einer möglichst schnellen Lösung ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben worden, an dem sich die Fachleute des Landes Baden beteiligt hätten. Zwei Aufgaben sollte dieser Ideenwettbewerb lösen, einmal die praktische Lösung des gestellten Problems und den ideenmäßigen Stand des derzeitigen Städtebaus. Die Beurteilung in der Fachpresse habe gezeigt, daß der Karlsruher Wettbewerb besonders der zweiten Aufgabe gerecht geworden sei.

Der Planungsbeirat habe seit seiner ersten Sitzung in fast ununterbrochener Tätigkeit an der Fertigstellung dieses Problems gearbeitet und sei einstimmig für dessen Vorlage durch das Planungsamt an den Stadtrat eingetreten. Damit habe der Planungsbeirat einen Aufbauplan für den engeren Bereich der Kaiserstraße zwischen Marktplatz und Hauptpost, die Lösung der Verkehrsfrage und eine Gestaltung des vom Verkehr befreiten Straßenraums angestrebt. Dabei sei eine Einstimmigkeit erzielt worden, der eine Untersuchung über die Möglichkeit einer Grundstücksumlegung nachfolge. Die Umlegung der Grundstücke erfordere auf allen Seiten Verständnis, Geduld und persönliche Opfer.

Bürgermeister Heurich führte zur Verkehrsentlastung in der Kaiserstraße aus, daß Anfahrten und Innenhöfe geschaffen werden müßten, wodurch eine wesentliche Verkehrsentlastung in der Kaiserstraße erreicht werde. Die Zerstörung der Straßenfronten habe den Blick in das Innere der Baublöcke freigegeben. Damit sei die notwendige Sanierung durch Änderung der Grundstücksaufteilung und deren Bebauung augenfällig geworden. Würden diese Verbesserungen unterlassen werden, dann würde das eine schwere Versäumnisschuld gegenüber den nachfolgenden Generationen bedeuten.

Der Leiter des Stadtplanungsamtes, Oberbaurat Pflästerer, erläuterte die baulichen Veränderungen und Verbesserungen der Kaiserstraße.

In der erfreulich sachlichen Diskussion wies Stadtrat Günther Klotz (SPD) darauf hin, daß 3 Auffassungen für die künftige Gestaltung der Kaiserstraße vorlägen. Professor Schweizer sei für die Verbreiterung der Kaiserstraße eingetreten, aber das ließe die Armut nicht zu. Altbürgermeister Schneider wollte den Verkehr aus der Kaiserstraße nehmen, und als 3. Projekt stehe der Vorschlag des Stadtplanungsamtes zur Diskussion. Er stimmte im Namen seiner Fraktion aus baulichen und wirtschaftlichen Gründen der Arbeit des Planungsamtes zu und stelle den Antrag, die Tiefe der Ladenbauten auf 6 statt 8 Meter festzulegen, um zu starke Grenzkorrekturen zu vermeiden, durch die nur Verzögerungen entstehen würden. Für die CDU stimmten Stadtrat Schwarz und für die DVP Prof. Keßler der Vorlage zu, wobei Schwarz betonte, daß nun der Geschäftswelt die Möglichkeit gegeben sei, ihre Pläne zu pulsierendem Leben zu bringen. Prof. Keßler trat für eine 6-stöckige Bebauung ein, die Zustimmung fand. Stadtrat Dietz (KPD) äußerte sich besonders darüber befriedigt, daß großzügige Projekte auf einen vernünftigen Boden zurückgefunden hätten. Es müßte ein Beschluß gefaßt werden, wonach keine wesentlichen Veränderungen eintreten dürften. Auch er trat für die Zurückverlegung von 6 Metern ein, um die Grenzkorrekturen der Grundstücke nicht zu erschweren.

Der Stadtrat nahm die Vorlage einstimmig an, Oberbürgermeister Töpper knüpfte den Wunsch an, daß der Tag ein Markstein im Wiederaufbau der Stadt sein möge, und daß die Karlsruher Geschäftsleute möglichst bald ihre Bauvorhaben verwirklichen.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Oberbürgermeister die Verpflichtung des neuen Stadtrats Ball (SPD), der an Stelle von Stadtrat Konz trat, bekanntgegeben. Die AAK-Debatte wurde in die nichtöffenliche Sitzung verlegt.

*

Damit ist ein wesentlicher Schritt für den Wiederaufbau getan. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß sich der Dezernent für den Wiederaufbau, Bürgermeister Heurich, mit bemerkenswerter Tatkraft für den Wiederaufbauplan einsetzte. Die Lösung kann als die beste der vorliegenden Pläne bezeichnet werden. Sie fordert von der Geschäftswelt keine unbilligen Opfer und wird auch den Städtebauer befriedigen. Schwierigkeiten werden sich wohl nicht vermeiden lassen, die aber nicht so groß sind, daß sie nicht überwunden werden könnten. Wenn von der Geschäftswelt Opfer gefordert werden, dann muß allerdings auch die Stadtverwaltung dazu bereit sein. Die Bebauung der Lammstraße, die in die Planungsarbeit des Marktplatzes einbezogen wird, fordert von der Stadt einigen Verzicht, wenn tasächlich Verbesserungen erreich werden sollen. P. S.

Protestkundgebung gegen Preiswucher

10 000 protestierten mit dem ADGB auf dem Festhalleplatz

Dem Ruf des ADGB waren 10 000 Werktätige gefolgt, zu denen auf dem Festhalleplatz der Landtagsabgeordnete und Bundessekretär des ADGB, Willi Kleinknecht, Stuttgart, sprach. Er ging auf die letzte Rede von Professor Erhard ein und erklärte, daß ihn Sprache und Ausdrucksweise überrascht hätten. Wer seiner Sache sicher sei, brauche diesen Tonfall nicht. Die Gewerkschaften ließen sich weder verblüffen noch einschüchtern. Es läge ihm fern, jemanden zu verunglimpfen, und die Gewerkschaften wüßten auch, daß Professor Erhard das goldene Zeitalter nicht von heute auf morgen bringen könne. Die Aufhebung der Preisvorschriften sei nicht nur falsch, sondern frevelhaft gewesen. Professor Erhard habe ferner übersehen, wie tief dadurch die Geschäftsmoral gesunken sei. In den ersten Tagen nach der Währungsreform wären die Auslagen in den Geschäften nichts anderes als eine Verhöhnung des Volkes gewesen. Sprunghaft seien die Preise in die Höhe geklettert, und man habe gewissenlos die Not der Schaffenden ausgenützt, da zwischen Lohn und Preis ein krasses Mißverhältnis bestanden hätte. Die Preise seien mit Schnellzugsgeschwindigkeit vorausgeeilt und hätten das Halte- und Notsignal mehrmals überfahren. Die Ursache läge an den enormen Verdienstspannen. Der Redner erklärte, daß Arbeitsschuhe für 20 DM hergestellt werden, die nach Einschaltung des Zwischenhandels den Käufer auf 33.60 DM zu stehen kämen. Das seien 13 DM über den Herstellungskosten, wogegen es früher nur 2.50 DM gewesen wären. Die Kalkulationen bedürften einer Revision. Lohnempfänger, Rentner und Kriegsversehrte seien nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft das Notwendigste zu kaufen. Die Gewerkschaft wolle die Sicherstellung der Währung und des lebensnotwendigen Verdienstes der Schaffenden. Dazu brauche man eine gelenkte Planwirtschaft, die im Interesse des Gesamtwohles arbeite. Daß der alte Lebensstandard nicht erreicht werden könne, sei nach zwei verlorenen Kriegen klar. Die Arbeiterschaft sei auch bereit, die Lasten mitzutragen, sie wehre sich aber gegen eine einseitige Belastung der werktätigen Bevölkerung. Während die Preise sinnlos gestiegen seien, habe man bis vor kurzem am Lohnstop festgehalten. Mit Lohnerhöhungen sei es nicht allein getan, sondern es müßten alle Kräfte gegen die erhöhten Verdienstspannen eingesetzt werden. Die Situation verlange eine starke Organisation, sie verlange, daß Maßnahmen gegen den Raubzug der Unternehmer ergriffen würden.

Der Vorsitzende des ADGB, Ortsgruppe Karlsruhe, Karl Flößer forderte die Anwesenden zur Mitarbeit auf und betonte, daß der Lebensbedürfnisverein als Karlsruher Konsumgenossenschaft wieder erstehen werde, und daß den Werktätigen dadurch die Möglichkeit gegeben sei, der Profitgier des Handels zu begegnen. Zum Schluß wurde eine Entschließung folgenden Wortlautes verlesen:

„Die Massen-Protestkundgebung am 20. Oktober 1948 in Karlsruhe erhebt schärfsten Widerspruch gegen die unerträglichen Preissteigerungen. Sie fordert sofortige Herabsetzung der unerschwinglichen Preise und rücksichtslose Bestrafung der Preiswucherer in Handel, Industrie und Landwirtschaft. Sie verlangt die rücksichtslose Anwendung des Preiswuchergesetzes und verurteilt die teilweise Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für die Nahrungsmittel und lebenswichtigen Verbrauchsgüter. Bei Verstößen gegen das Preiswuchergesetz sind die Betriebe und Geschäfte zu schließen. Die Schwarzschlachtungen und der Schwarzhandel sind mit Zuchthaus zu bestrafen. Die Geduld der Arbeitnehmerschaft ist zu Ende. Sie ist nicht gewillt, diesem Treiben länger tatenlos zuzusehen. Wenn schon Weltmarktpreise, dann auch Weltmarktlöhne." P. S

Festwoche der Jugend

Donnerstag. Konzertsaal der Bad. Hochschule für Musik 19.30 Uhr Konzert der Studierenden. Bach, Busoni, Haydn, Beethoven u. a. Durlach: Christkönigshaus, 20 Uhr, Schöne Melodien.

Freitag. Bonifatiussaal, 19.30 Uhr Lustspiel: Messer Pomposo. Durlach, Christkönigshaus 20.00 Uhr Abend klassischer Musik. Instrumentalverein Karlsruhe.

*

Herbstkonzert des Musikvereins Durlach

Der Musikverein Durlach, von seinen Konzerten im Karlsruher Stadtgarten in bester Erinnerung, hatte zu einem Herbst-Konzert am 16. 10. eingeladen, das im vollbesetzten Saale der „Blume" einen glänzenden Verlauf nahm. Die von dem ca. 40 Mann starken Orchester klangrein und mit straffer Disziplin u. a. gespielten Ouvertüren „Der Kalif von Bagdad" und „Orpheus in der Unterwelt", ferner die große Fantasie aus der Oper „Hänsel und Gretel" wurden mit besonderem Beifall aufgenommen, ebenso zwei Kompositionen des einheimischen Komponisten Christian Lorenz. Die Leitung des I. Teiles lag in den bewährten Händen des Vereinsdirigenten Oskar Münchgesang, während im II. Teil Eugen Leonhardt in alter Frische, stürmisch begrüßt, am Dirigentenpult erschien. Als Solisten hörte man Kurt Hochschild, der sich erneut als ausgezeichneter Beherrscher seines Instrumentes erwies, ferner seine jüngste „Konkurrenz", den neunjährigen Christel Keller, der mit einem Lied für Piston eine für sein Alter erstaunliche Leistung bot. Beide Solisten wurden mit reichem Beifall bedacht, ebenso auch das Hawai-Trio (Emil Eberle, Heinz Lehmann und Herbert Parzer), das als ein klangschön spielendes Ensemble wesentlich zum Erfolg des Abends beitrug.

KURZE STADTNOTIZEN

Theaterzüge nach Karlsruhe. Der Generalintendant des Badischen Staatstheaters ist es dank dem Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung gelungen, Sonderzüge für die Vorstellungen der Sonntagnachmittag-Fremdenmiete zu erhalten. Diese Züge fahren auf den Strecken Bruchsal - Karlsruhe, Achern-Karlsruhe sowie Albtalbahn ab Herrenalb Von allen Stationen dieser Strecken besteht also die Möglichkeit billiger und bequemer Theaterbesuche. Als erste Vorstellung gelangt die Oper „Aida" von Verdi am Sonntag, 31. Oktober 1948, 14.30 Uhr, zur Aufführung. Die Vorbestellungen für die zehn Vorstellungen umfassende Fremdenmiete, verteilt auf die laufende Spielzeit, sind so lebhaft, daß die für die Sonderzüge notwendige Anzahl von Fahrgästen zweifelsfrei erreicht wird.

Hunde und Katzen in öffentlichen Verkaufsstellen. Nach § 2 der Lebensmittelhandelsordnung vom 29. 1. 1935 dürfen Hunde, Katzen und sonstige Haustiere in Verkaufsstellen und öffentlichen Verkaufsständen, in denen Nahrungs- und Genußmittel zum Verkauf gelangen, nicht gehalten werden. Auch darf das Mitbringen von Hunden in derartige Verkaufsstellen vom Betriebsinhaber nicht geduldet werden. Nach § 6 der Hundeordnung ist das Mitbringen von Hunden in öffentliche Verkaufsstellen, in denen Nahrungs- und Genußmittel feilgehalten werden, untersagt. Die Polizei hat festgestellt, daß diese Verbote häufig nicht beachtet werden. Es besteht daher Veranlassung, im Interesse der Volksgesundheit auf diese Bestimmungen hinzuweisen. Die Polizei hat Auftrag, in jedem Falle einer Übertretung der Vorschriften Strafanzeige zu erstatten.

Kind vom 3. Stock gestürzt. In Rintheim stürzte ein 4jähriger Knabe in Abwesenheit seiner Mutter von einem im 3. Stockwerk gelegenen Balkon auf die Straße. Mit einer schweren Gehirnverletzung mußte er ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Tagung der Chefärzte. Vor kurzem fand eine Versammlung der Vereinigung der Landesvorsitzenden des Verbandes der Chefärzte statt, in der aktuelle Berufsfragen Gegenstand der Beratungen bildeten. Zum Präsidenten des Gesamtverbandes der Chefärzte wurde der Leiter der II. med. Klinik im Städtischen Krankenhaus Karlsruhe, Dozent Dr. Kienle, gewählt.

Das Vivarium im Keller der Seminarruine in der Rüppurrer Straße schließt ab sofort seine Pforten, da es in seinem neuen Raume im Gebäude der Landessammlungen für Naturkunde einzieht, von denen es eine Abteilung darstellt. Die Wiedereröffnung erfolgt in etwa 4—6 Wochen.

Dr. Adam Remmele spricht am Samstag, 23. 10., 19.30 Uhr, in Durlach (Saal der Schloßkaserne) in einer Mitgliederversammlung der SPD.

Kath. Arbeitsgemeinschaft. Am Donnerstag, 21. 10., 20 Uhr, spricht im Redtenbacher Hörsaal der TH., Kaplan Rudolf Hirsch über „Carl Sonnenschein".

Ost und West! Frieden und Freiheit oder Krieg und Versklavung? Über dieses europäische Problem und seine Lösung spricht der bekannte Schweizer Redner und Schriftsteller Werner Zimmermann am Montag, 25. Oktober, 19.30 Uhr, im Bonifatiussaal.

Dichterstunde im Civic Center. In der am Freitag, 29. Oktober, 19½ Uhr, stattfindenden Dichterlesung liest Lina Neifen „Der Vorzugschüler" eine Erzählung von Marie Ebner-Eschenbach. Hierzu haben alle Interessenten Zutritt.

Goldene Hochzeit. Am 18. Oktober konnten die Eheleute Eugen Müller, Gellertstr. 25, das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. Der Oberbürgermeister ließ dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe der Stadtverwaltung übermitteln.

50 Jahre Pfarrei St. Bonifaz

Am vergangenen Kirchweihsonntag feierte die Pfarrgemeinde St. Bonifaz ihr 50jähriges Bestehen und gleichzeitig den 40. Jahrestag der Einweihung ihrer Kirche. 1898 wurde für die Katholiken im westlichen Karlsruhe in der Goethestraße eine Notkirche errichtet, die 10 Jahre später durch die in vierjähriger Bauzeit und mit 600 000 Mark Kosten erstellte Bonifatiuskirche abgelöst wurde. Der erste Pfarrherr von St. Bonifaz war von 1898 bis 1919 Geistl. Rat Link, der 1923 als Stadtdekan von St. Stefan gestorben ist. Von 1919 bis 1929 wirkte der vor Jahresfrist in Neckargemünd gestorbene Stadtpfarrer Schlindwein an St. Bonifaz. Seit 1929 amtiert Geistl. Rat Dr. Dold als Stadtpfarrer von St. Bonifaz, nachdem er vorher schon 7 Jahre als Kaplan der katholischen Weststadtgemeinde tätig war.

Beim Jubiläumsgottesdienst am Sonntagvormittag hielt Stadtpfarrer Seitz von St. Konrad die Festpredigt. Bei der Jubiläumsfeier im St. Bonifatiushaus sprach als Festredner Regierungsdirektor Dr. Heidelberger. Die Glückwünsche der evangelischen Weststadtgemeinde überbrachte Stadtdekan Seufert. Zwei Angehörige des Kirchenchors von St. Bonifaz, der ebenfalls sein 50jähriges Bestehen feierte, wurden als noch lebende Gründungsmitglieder besonders geehrt, Herr und Frl. Nikolaus.

Den Abschluß der Jubiläumsfeierlichkeiten bildet die Aufführung eines Schauspiels aus der Gegenwart „Herbert Krauß, ein Kämpfer für den Frieden", durch die Laienspielschar von St. Bonifaz am Sonntag, 24. Okt., 19.30 Uhr, im Bonifatiussaal. L. A.

Vereinsmeisterschaften der Karlsruher Kegler

Der 3. und 4. Lauf brachte spannende Kämpfe. Bei den Männern übernahm Kußmaul nach schönen Spielen mit 2170 Holz die Führung. Pfattheicher konnte den 2. Platz mit 2143 Holz behaupten. Der Reihe nach folgen Piestrick mit 2120 Holz, Schäfer mit 2119 Holz, Frick mit 2115 Holz, Eisenbeißer mit 2073 Holz, Käser mit 2070 Holz, Knobloch mit 2026 Holz, Wallburg mit 2061 Holz und Weidemann mit 2059 Holz. Die Entscheidungen fallen mit dem großen Schlußlauf über 200 Kugeln mit Bahnwechsel. Die Frauen konnten mit 4 Läufen die Meisterschaft beenden. Fraueneinzelmeister wurde Frau Litsch mit 2013 Holz vor Frau Günther mit 1980 Holz. Frau Sturm nimmt mit 1960 Holz den 3. Pl. ein. An 4. und 5. Stelle liegen Frau Feez mit 1925 Holz und Frau Lisel Weber mit 1921 Holz. Bei den Senioren weist die Tabelle nach 3 Läufen folgenden Stand auf: 1. Köstel mit 1564 Holz, 2. Knopf mit 1547 Holz, 3. Junker mit 1479 Holz, 4. Hoffmann mit 1476 Holz. Bei den Junioren holte sich Weller mit 1796 Holz erstmalig den Titel des Junioren-Einzelmeisters. Mit nur 12 Holz Unterschied folgt Schmider mit 1784 Holz auf dem 2. Platz. An 3. Stelle liegt Nater mit 1749 Holz vor Kleinert mit 1735 Holz.

Leichtathletik-Vergleichstreffen der Oberschulen

Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit trafen sich die Karlsruher Oberschulen zu einem Leichtathletik-Vergleichstreffen, das unter dem Motto stand: „Harmonische Ausbildung des Körpers und des Geistes." Ergebnisse: 1. Realgymnasium Ettlingen 122,5 Punkte; 2. Kant-Realgymnasium 112 Punkte; 3. Wirtschafts-Oberschule 72 Punkte; 4. Gymnasium Karlsruhe 66 Punkte; 5. Helmholtz-Realgymnasium 49 Punkte.

Besonders hervorzuheben ist der dritte Platz der W.-O., die ohne Turn- und Sportstunden an den Start ging. Die Kantschule zeigte eine gut talentierte Läuferklasse, während Ettlingen bei den technischen Disziplinen überrag.

Karlsruher Schachklub

Südwestdeutscher Mannschaftsmeister

Im Ausscheidungskampf um die deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Schach erzielte der badische Meister Schachklub Karlsruhe gegen den Hessenmeister Kultur- u. Schachgemeinde Darmstadt-Eberstadt ein 4:4. Auf Grund des angewandten Wertungssystems ist der Karlsruher Schachklub als Sieger anzusehen und hat die Berechtigung an dem Turnier um die deutsche Meisterschaft teilzunehmen. Auf diese Teilnahme wurde jedoch zu Gunsten von Darmstadt verzichtet, da die notwendigen Mittel hierzu nicht aufzubringen waren.

Tischtennis

Bezirksklasse: VfB Mühlburg — VfB Bruchsal 6:3, SV Ettlingen — TTC Neureut 5:4, TSG Bruchsal — SV Blankenloch 4:5, ASV Durlach II — TTF Pforzheim 2:17.

Kreisklasse: Berghausen I. — Mühlburg II. 6:3, Karlsr. Jugend-Klub I. — KTV II. 7:2, Reichenbach I. — Berghausen II 9:0, Skizunft Durlach I. — Neureut II., 2:7, Karlsr. Jugend-Klub II. — KTV I. 0:9.

Sport-Toto

Gesamtaufkommen DM 19 851.— Davon werden 50% = DM 9925,50 zur Verteilung gebracht. Da keine zehn richtigen Resultate getippt wurden, wird der Anteil des Rang 1 gleichmäßig dem Rang 2 und 3 zugeschlagen. Für Rang 2 und 3 standen somit je DM 4962,75 zur Verteilung. Im Rang 2 mit 9 richtigen Resultaten erhalten zwei Gewinner je DM 2481.—. Im 3. Rang mit 8 richtigen Resultaten erhalten 22 Gewinner je 225,50 DM. Die Gewinnbeträge sind den Gewinnern überwiesen worden.

Karlsruhe braucht Fremdenverkehr

Aus der Arbeit des Verkehrsvereins

Der Hauptausschuß des Verkehrsvereins tagte am 14. 10. Zu Beginn der Sitzung fand eine Besichtigung der neuen Geschäftsräume im Gebäude Bahnhofplatz 4—6 statt. Die gleichzeitige Unterbringung der öffentlichen Auskunftsstelle in diesen im Obergeschoß des Gebäudes gelegenen Räumen kann nur eine vorübergehende Lösung darstellen, und der Verkehrsverein wird sich weiter bemühen, für die Auskunftsstelle ein geeigneteres Lokal zu erhalten. In Anwesenheit des 1. Vorsitzenden des Verkehrsvereins, Oberbürgermeister Töpper, leitete Altstadtrat Peter als 2. Vorsitzender die Sitzung. Der Ausschuß nahm den Prüfungsbericht über die Jahresrechnungen 1942 bis 1947 und einen Bericht über die augenblickliche schwierige Finanzlage des Vereins entgegen. Der Geschäftsführer erläuterte den zur Genehmigung vorliegenden Entwurf des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1948, der, um ein Defizit zu vermeiden, nur äußerst bescheidene Werbemaßnahmen zuläßt. Eine Erhöhung der Mittel für Werbung läßt sich durch Steigerung der Mitgliederzahl (z. Zt. 505) erreichen.

Als weiteres Werbemittel für Karlsruhe ist die erste Nummer des Veranstaltungskalenders „Karlsruhe von Woche zu Woche" erschienen. Weitere Schriften (Taschenstadtplan und Prospekt) sind zur Zeit in Arbeit. Verkehrsdirektor i. R. Lacher regte an, im nächsten Jahre wieder den Sommertagszug zu veranstalten. Der Stadtgarten sollte wieder mit einigen Tieren besetzt werden. Der Durlacher Bevölkerung sollte durch Einlegen von Spätwagen der Besuch von Veranstaltungen in Karlsruhe ermöglicht werden. Entsprechende Vorschläge werden der Stadtverwaltung vorgelegt. Geschäftsführer Heyden gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Karlsruher, insbesondere die Geschäftsleute, als Nutznießer der Werbearbeit des Verkehrsvereins, dessen Bestrebungen durch ihren Beitritt unterstützen.

„Die Wahrheit über Württemberg und Baden"

Dr. H. Keßler sprach bei einer Versammlung der DVP über Lastenausgleich, Betriebsrätegesetz und Vereinigung von Württemberg und Baden

Der Grund, warum sich politische Versammlungen wachsender Anteilnahme erfreuten, sagte Abgeordneter Dr. Keßler am 19. Okt. im überfüllten Bavariasaal, liege in der allgemeinen Not unseres Volkes und in der Ungewißheit kommender Dinge. In seiner drei Themen umfassenden Rede behandelte er zunächst den Lastenausgleich, der wie ein Damoklesschwert über dem deutschen Volk schwebe. Alle vorbereitenden Beratungen zum Lastenausgleich basierten auf einer Denkschrift der Verwaltung für Finanzen, deren praktische Anwendung noch lange auf sich warten ließe. Demgegenüber habe der Württ.-Bad. Landtag ein Sofortprogramm entworfen, das die Durchführung einer Hilfsaktion für Flüchtlinge, Kriegshinterbliebene, Währungsgeschädigte usw. versehe. Die Ansprüche aller übrigen Geschädigten sollten mit einer Abfindung in Wertpapieren befriedigt werden.

Zum Betriebsrätegesetz sagte Dr. Keßler, daß der Entwurf des Arbeitsministers Kohl sehr stark an die Zeit erinnere, als die Frage der Arbeiter- und Soldatenräte zur Debatte stand. Oberstes Gebot bleibe jedoch die Gewährleistung der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.

Das aktuellste Thema, die Vereinigung von Württemberg und Baden hatte der Redner an den Schluß seiner Ausführungen gestellt. Um die Notwendigkeit der Vereinigung der beiden Länder zu unterstreichen, wies der Redner auf die Gefahr der französischen Besetzung ganz Badens, die Loslösung der Pfalz vom rechtsrheinischen Raum und ihre evtl. Angliederung an das Saargebiet als Folge der Verwirklichung der Wohlebschen Pläne hin. Eine Volksabstimmung müsse beweisen, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit gegenüber den Bestrebungen einer Beamtenschicht, die nicht auf ihre Stellung verzichten wolle, stärker sei. Kr.

Zwei Jahre Karlsruher Frauengruppe

In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die überparteiliche Frauengruppe aktiv in der Behebung von Schwierigkeiten bei den Behörden und Amtsstellen gearbeitet und dabei vielfach Gelegenheit gehabt, die Interessen der Frauen zu vertreten. Eine Nähstube und eine Beratungsstelle für Fragen der Ehe, Kindererziehung u. a., sowie die Beteiligung an der Gründung und Trägerschaft der Vermittlungsstelle für Notverkäufe sind die sichtbaren Zeichen ihrer gemeinnützigen Tätigkeit. Über die Aufgaben und neuen Ziele referierte bei der kleinen Feier am 16. 10. im Aulabau der T. H., E. Großwendt, während Lotte Böhme dem Ruf der Frau nach Frieden und Völkerverständigung in packender Weise Ausdruck verlieh. Dem Vortrag lag der Appell von Dorothy Thompson zu Grunde, der bekannten amerikanischen Journalistin, welche die Mütter der ganzen Welt zum Kampf gegen den Krieg aufrief. Gedichte von Rudolf Hagelstange aus dem Venez. Credo schlossen sich der eindrucksvollen Rezitation an. Ein Chor von 10 gutgeschulten Frauenstimmen unter Leitung von Frau Goldschmidt brachte Lieder von Brahms und Schubert in vollendeter Weise zu Gehör: am Flügel begleitete die bekannte Pianistin und Klavierpädagogin Eva Schinzinger. Elgro.

Was bringt Radio Stuttgart?

Donnerstag, 21. Oktober

6.00 Morgenchoral, Frühmusik (M) 6.30 Gymnastik. 6.45 Nachrichten, Wetter. 7.00 Kath. Morgenandacht. 7.15 Morgenstund hat Gold im Mund. 8.00 Der Funkkurier. 8.15 Wasserstandsmeldungen. Morgenmusik 9.00 Wir wollen helfen. 9.15 Suchmeldungen. 9.45 Nachrichten, Unterhaltungsmusik. 10.00 Schulfunk. 10.30 Kindersuchdienst. 10.45 Sendepause. 11.30 Suchanzeigen von Rußlandheimkehrern aus der Ostzone. 12.00 Was den Bauern interessiert. 12.15 Musik zur Mittagsstunde. 12.45 Nachrichten, Wetter. 13.00 Echo aus Baden. 13.15 Musik nach Tisch 14.00 Schulfunk. 14.30 Wirtschaftsfragen. 14.45 Englischer Sprachkurs. 15.00 Berühmte Orchester und ihre Dirigenten. 15.45 Das Steckenpferd. 16.00 Nachmittagskonzert. 17.00 Das Podium. 17.15 Unsere Solisten. 17.45 Nachrichten. 17.50 Anschlagsäule. 18.00 Mensch und Arbeit. 8.15 Zeitfunk 18.30 Tanzensemble von Radio Stuttgart. 19.00 Stimme Amerikas. 19.30 Die aktuelle Viertelstunde. 19.45 Nachrichten, Wetter, Kommentar von Heinz Frentzel. 20.00 Mach mit und lach mit! 20.30 Sendung der US-Militärregierung. 20.45 Neue Bücher. 21.00 Opernklänge. 22.00 Nachrichten Wetter. Pressekommentare. 22.15 Zeitgeschehen. 22.30 Stunde der Dichtung. 23.00 Traummelodie. 23.30 Meister des Jazz 23.55 Nachrichten.

Wie wird das Wetter?

Trocken, kühl. Vorhersage bis Freitag früh: Leicht bewölkt, trocken Tageshöchsttemperaturen 13 bis 15 Grad. Abkühlung in der Nacht zu Freitag auf 1—4 Grad Tags mäßige, nachts schwache westliche Winde.

Rheinwasserstände

19. Okt.: Konstanz 302 (—2), Breisach 131 (+21), Kehl 172 (—4), Maxau 336 (—4), Mannheim 196 (—2), Caub 122 (—2). **20. Okt.:** Konstanz 300 (—2), Breisach 115 (—16), Kehl 177 (+5) Maxau 341 (+5). Mannheim 196 (+0), Caub 120 (—2).

Ninon Radue

NOVELLE VON HENRY WOLF

(Nachdruck verboten)

22. Fortsetzung

Auf Malta war es gewesen, als ich sie zum ersten Male so erblickte, mehr als fünf Jahre waren seitdem vergangen, bald zehn Jahre waren seit unsrer ersten Begegnung in Constanza verflossen, aber die Jahre hatten ihrer Schönheit nichts anzuhaben vermocht.

Drei weitere Tage vergingen, drei sonnenhelle Tage, die wir in dolce far niente verbrachten. Mitunter streiften wir für Stunden ohne Zielsetzung in der Umgebung von F. umher. Die karge Landschaft hatte den stillen herben Reiz, wie er etwa der Heide eigen ist. Ein in sich ruhendes Schweigen ging von ihr aus das sich auf den Wanderer übertrug und ihn verstummen ließ.

Ninon und ich sprachen wenig auf diesen Wanderungen, nur ab und zu fielen nach langen Pausen ein paar Worte, wenn einer dem anderen die zarte Form einer einsam blühenden Blume, die knorrige Kraft eines Baumeremiten oder den stillen Flug eines hoch im Blau dahinstrebenden Vogels wies. Bilder waren es von der einfachen eindringlichen Schönheit japanischer Tuschzeichnungen, vor denen das Wort behutsam wurde

Und auch wenn wir nach dem Schwimmen am Strande ruhten, uns sonnend oder auf die See hinausblickend, war dieses Schweigen zwischen uns, ein Schweigen sicheren Vertrautseins, das keiner Worte mehr bedurfte.

Gegen Abend des letzten dieser drei Tage, als wir in Miß Wetherells bienendurchsummtem Garten saßen, ich Pfeife rauchend und ein Buch lesend, Ninon einen Brief schreibend, erhob sie sich, nachdem sie ihren Brief kuvertiert hatte und sagte, sie müsse mich eine kleine Stunde allein lassen. In der Annahme, daß sie den Brief zum Postamt zu bringen beabsichtige, äußerte ich, Miß Wetherell werde sicherlich mit Leichtigkeit einen Jungen für den Weg aus der Nachbarschaft herbeirufen können. Aber sie entgegnete, was sie vorhabe, könne nur sie selbst erledigen. Was es sei, werde sie mir nachher erzählen. Sie lächelte eigenartig, warf mir eine Kußhand zu und schritt zum Hause. Ein paar Minuten später sah ich sie durch eine Lücke in dem entlang dem Gartenzaun üppig wachsenden Büschen, wie sie in entgegengesetzt dem Postamt liegender Richtung ging, mit ihren leichten schwingenden Schritten, den Hut nach ihrer Gewohnheit in der Hand. Sie ging rasch, und ich wunderte mich für eine flüchtige Minute, was sie zur Eile veranlassen mochte. Ehe ich mich meiner Lektüre wieder zuwandte, wurde mein Blick von dem Brief gefangen, den Ninon auf dem Tisch hatte liegen lassen. Er lag mir so zugewandt, daß mir die Anschrift in Ninons großer, steiler Handschrift in die Augen sprang. Er war an die Äbtissin des Nonnenklosters in Poitiers gerichtet. Unwillkürlich mußte ich lächeln; daß Ninon mit den frommen Schwestern in Poitiers in irgendeiner Verbindung stehen konnte, erschien unglaublich, war eine Vorstellung von erheiternder Absurdität.

Es war nicht mehr als eine kleine Stunde vergangen, als Ninon zurückkehrte. Sie kam, den Hut noch in der Linken, in den Garten, fragte mich, ob mir die Zeit lang geworden sei und setzte sich dann zu mir auf die Bank.

Den Brief bemerkend, sagte sie, wir würden ihn morgen gemeinsam zur Post bringen, er sei ihr zu wichtig, um ihn einem Boten anzuvertrauen. Es sei übrigens hohe Zeit, daß sie ihn absende, aber er sei ihre Art, manche Dinge erst dann zu erledigen, wenn ein längeres Hinauszögern nicht mehr möglich sei. Weiteres über den Brief sprach sie nicht, und ich fragte nicht, was sie mit den Nonnen von Poitiers zu tun hatte. Es war ihre Angelegenheit. Wollte sie darüber zu mir sprechen, würde sie es auch ohne meine Frage tun.

Wir plauderten über dies und das, bis sie plötzlich sagte, der Reverend Dyceworth werde am kommenden Sonntag aus eigenem Erleben recht zu Herzen gehend über die Erbsünde und die Versuchung sprechen können. Mistreß Dyceworth allerdings werde seinem Sermon mit wenig Freude lauschen. Es sei anzunehmen, daß der Reverend jetzt bereits in der Vorübung sei.

Auf meine verwunderte Frage hin, was sie meine, erfuhr ich folgendes: Dyceworth hatte ihr gestern ein Billett geschickt, in dem er ihr seine nicht mehr zu unterdrückende Liebe gestand und Ninon um ein Rendezvous bat. Am Vormittag habe sie ihm durch einen Boten ein paar Zeilen mit der Zusage geschickt, sich am angegebenen Platze einzufinden. Ein paar Stunden später habe sie Mistreß Dyceworth aufgesucht und sich mit ihr zu einem eine halbe Stunde vor dem Rendezvous liegenden Zeitpunkt verabredet. Unter der Vorgabe, sie in einer vor Männerohren nicht zu erörternden Angelegenheit um Rat fragen zu müssen. Auf ihr Verlangen habe Mistreß Dyceworth ihr versprochen, auch ihrem Eheherrn gegenüber von Ninons Bitte zu schweigen. Wie ich schon erraten haben würde, habe sie die kleine Frau, die zu einer vermuteten seelischen Beistandsleistung freundlich-eifrig bereit gewesen sei, eben zu jenem von Dyceworth bestimmten Stelldichein-Platz gebeten. Dort habe sie Mistreß Dyceworth das Liebesgeständnis des Reverend übergeben und ihr angeraten, sein Auftauchen abzuwarten, um ihn so gewissermaßen in flagranti zu ertappen. Mistreß Dyceworth, die neben ihrer Arglosigkeit und Kindlichkeit auch notfalls recht resolut sei, habe sich in einer Mischung aus tränenflutendem Unglücklichsein und zornigem straf-gewillten Erzengel entschlossen, den Wolf im Schafspelz an der Stelle seiner beabsichtigten Übertretung des 7. Gebotes in Empfang zu nehmen. Vielleicht aus der praktischen Erwägung heraus, daß die Abgelegenheit des Stelldichein-Platzes die beste Gewähr dafür gebe, fremde Ohren die der Autorität des Reverend abträgliche Auseinandersetzung nicht hören zu lassen.

Das war es, was Ninon mir erzählte, in einem Ton, der neben ärgerlicher Belustigung eine gewisse Gereiztheit verriet. Bei dem Gedanken an die Enttäuschung und nicht beneidenswerte augenblickliche Situation des Sünders war ich bei allem Ärger über seine Dreistigkeit nicht wenig amüsiert. Leid aber tat mir die kleine, aus allen Himmeln ihres arglosen Vertrauens gestürzte Frau. Am meisten gab mir zu denken, was Ninon zur Inszenierung dieser kleinen Tragikomödie veranlaßt haben mochte. Es hätte eher in ihrem Charakter gelegen, wie ich ihn kannte, Dyceworth's Schreiben zu zerreißen und ihn künftig zu übersehen, als in der berichteten Weise zu reagieren. Morgen war mein letzter Urlaubstag, übermorgen reisten wir ab —, es wäre ein Leichtes gewesen, Mistreß Dyceworth den Schmerz zu ersparen, den sie jetzt empfinden mußte. Und warum schwang in Ninons Worten eine Gereiztheit über etwas, was sie sonst zu Spott veranlaßt hätte?

„Weil nichts widerwärtiger ist", entgegnete Ninon, als ich meine Gedanken äußerte, „als ein heuchlerischer Pfaffe. Von der Kanzel die zehn Gebote predigen, ohne im praktischen Leben der Versuchung widerstehen zu können, ist innere Unwahrhaftigkeit. Solchen Leuten die fromme Larve vom Gesicht reißen zu können, ist eine Wohltat und ein Verdienst."

Sie hielt inne, wie unwillig über die Heftigkeit, mit der sie gesprochen hatte. Und nun wieder ruhigen Tons fügte sie hinzu: „Ich weiß, was Du sagen willst; daß wir alle Sünder sind. Ja, mon ami, das ist so, bis auf verschwindend wenige Ausnahmen. Aber ich maße mir auch nicht an, ein Verkünder von Gottes Worten sein zu wollen. Sonst sollte er sich seines Amtes schämen oder besser: im Bewußtsein seiner Unwürdigkeit die Ausübung seines Amtes lassen."

Ich erwiderte, daß, wollten die Kirchen nur in solch strengem Sinne Würdige als Geistliche gelten lassen, nur ein paar Heilige im Amt verbleiben könnten. Da aber die Religion nun einmal einer Organisation bedürfe und die im Predigtamt Tätigen nur Menschen wie alle anderen seien, gehe es eben ohne Unvollkommenheiten auch hier nicht ab. Worauf Ninon meinte, daß ich im allgemeinen wohl recht habe, daß aber im Speziellen ihr der sündige Geistliche immer verabscheuungswürdiger erscheinen werde, als der profane Sünder, wie uns ja auch — um ein Beispiel zu geben — der Offizier, der militärische Geheimnisse verrate, noch verächtlicher sei als der Spion, der sie sich um Gewinnes willen verschaffe. Denn diesen treffe unsere Verachtung nur, weil er aus egoistischem Interesse andere zum Verrat verleite, jenen aber, weil er ein in besonderem Maße verpflichtendes Treuegelöbnis breche. Was aber den Reverend Dyceworth betreffe, so werde ihm die heutige Erfahrung möglicherweise zu etwas mehr Standhaftigkeit verhelfen. „Wer einem auf den Rücken gefallenen Käfer wieder aufhilft, dem werden sieben Sünden vergeben, sagt Buddha", lächelte Ninon. „Wieviel Sünden werden mir vergeben werden, daß ich einen anglikanischen Reverend ein wenig gewaltsam auf den Weg der Tugend gewiesen habe?"

Sie hatte wieder zu ihrer charmanten Heiterkeit zurückgefunden —, so schien es wenigstens. Denn ich weiß nicht, ob sie alles aussprach, was sie über Mistreß Dyceworth empfand. Sie sagte nur: „Wer, wie Mistreß Dyceworth, alles hat, was er zu seinem Glück bedarf, und in törichter Vertrauensseligkeit nicht darüber wacht, verdient Strafe. Sie ist bisher vom Leben verhätschelt worden, es ist ihr nur gesund, auch einmal eine gegenteilige persönliche Erfahrung zu machen. (Fortsetzung folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Ausstellung im Badischen Kunstverein

Oberschwäbische Sezession

Die „Sezessionen" waren früher, wie schon der Name sagt, jene Gruppen von Künstlern, die sich von der geltenden, offiziell anerkannten Zeit-Kunst distanzierten und in künstlerischem Radikalismus neue Wege der Gestaltung suchten. In diesem Sinne wären alle heute schaffenden jungen Kräfte Sezessionisten — oder sie wären es auch allesamt nicht, wenn man die „Moderne" als den gültigen Zeit-Stil anspricht. Wie aus dieser Feststellung erhellt, herrscht heute in der bildenden Kunst noch viel Verwirrung. Vergleicht man die vor einem Vierteljahr hier gezeigte „Pfälzische Sezession", mit der jetzigen Ausstellung, so fällt die stärkere Hinneigung der Pfälzer zum Abstrakten auf (am deutlichsten bei Werner Gilles), während die Oberschwaben anschaulicher, gegenständlicher sind, stärker in der Empfindung, mit einem gesunden Sinn für Form und Farbe. Gewagte Experimente kommen vor ihrer ehrfürchtigen Kunstauffassung, die letztlich im bäuerlichen Urgrund des oberschwäbischen Landes wurzelt, nicht auf.

Zu den stärksten Eindrücken der Ausstellung gehören die beiden in Mischtechnik ausgeführten Werke von Albert Burkart, der, wie einige weitere der ausstellenden Künstler, auch bei der im Mai/Juni ds. Js. hier gezeigten Schau „Christliche Kunst der Gegenwart" vertreten war. Daß er ein wenig der Romantik verpflichtet ist, beweist ein Vergleich seiner „Kinder an der Gartentür" mit Philipp Otto Runge's „Hülsenbeckschen Kindern". Aber bei Burkart ist alles so überzeugend auf die letzte Formel hin verdichtet, ist bei aller Beobachtung der Erscheinungswelt so viel verhaltene Innerlichkeit (man schaue sich daraufhin einmal die Augen seiner Gestalten an, die letzte seelische Bezirke widerzustrahlen scheinen), daß kein Vergleich ihm völlig gerecht werden könnte: er ist ein Eigener, der seine Form, seinen Ausdruck gefunden hat, ein mit letztem Ernst um die geistige wie formelle Bewältigung der Stoffe ringender Künstler.

Neben seinen nach Gestalt und Gehalt restlos ausgewogenen Werken können sich nur noch wenige andere völlig überzeugend durchsetzen, so A. Schwartschlags phantastische, wie in einem magischen Raum schwingende „Schiffsschaukel", das Selbstbildnis von H. A. Ficus, die in der graphischen Technik irgendwie an Kubins skurrile Welt erinnernden Federzeichnungen von P. H. Ebell und Alfred Vollmars Radierungen, deren Gestalten vor der einsamen Weite einer mit knappen Strichen ebenso großzügig wie sicher angedeuteten Landschaft stehen.

Der impressionistischen Sehweise verpflichtet erscheinen die Landschaften von Albert Kley und Wilhelm Luib, das „Mädchen" von Alfred Wais und der „Knabe mit der Geige" des Ulmer Malers Wilhelm Geyer, der übrigens weit stärkere Zeugnisse seiner formstarken Kunst aufzuweisen hat, so daß das ausgestellte Bild keineswegs charakteristisch für ihn ist. Zu erwähnen ist noch Fritz Querengäßners Graphik, in der landschaftliche Aspekte eine erstaunliche Vereinfachung erfahren, Hans Gassebners „Bauern bei der Kartoffelernte" und das wirklich bedeutende Gemälde von Sepp Mahler, in dem Elemente von Munch und Nolde nachleben, die sich aber hier zu einer neuen Einheit durchdringen.

Von den Plastikern ist in erster Linie der weit über seine Heimat hinaus bekannt gewordene Müller-Oerlinghausen zu nennen, der, am Formerlebnis Barlachs gewachsen, durch Vereinfachung zu eindrucksstarken Gestaltungen gefunden hat. Die Arbeiten von Rosmarie Dyckerhoff, offenbar aus der Grävenitz-Schule kommend, sind, ebenso wie die von Suse Müller-Diefenbach, ansprechende Zeugnisse des heutigen plastischen Wollens, ohne eine besondere Aussagekraft aufzuweisen.

Die Ausstellung wirkt im ganzen uneinheitlich; neben starken Begabungen findet sich guter Durchschnitt. Erfreulich ist, daß hier nicht einseitig für eine Kunstrichtung Partei ergriffen wird, sondern die schöpferischen Kräfte eines bestimmten landschaftlichen Raumes ohne stilistische Vorurteile vereinigt sind. Dr. G.

Aus Karlsruher Konzertsälen

Georg von Vásárhelyi

Eine alle üblichen Begriffe übersteigende Technik und ein sehr ausgeprägter Zug leidenschaftlicher Impulsivität bestimmen sein Spiel, sind beneidenswerte Vorzüge, aber auch zuweilen nicht zu unterschätzende Gefahrenmomente. Vásárhelyi hätte keinen Beethoven spielen sollen, zumindest nicht das op. 10, 3. Die starke, wohl durch absolute technische Überlegenheit bedingte Forcierung der Tempi entsprach ebensowenig wie Dynamik und Ausdruck dem Charakter eines Beethovenschen Frühwerkes. Von dieser Kritik auszunehmen wäre allerdings das Menuetto. Was dann dieser Sonate folgte, war in jeder Beziehung so unerhört, daß die spärlich erschienenen Zuhörer zu wahren Beifallsstürmen hingerissen wurden. Wenn die Phantasie C-dur von Schumann stellenweise zu wuchtig geriet, wenn das Kolorit Debussyscher Impressionen da und dort etwas zu stark aufgetragen erschien, dann lag das an der die Konturen verwischenden Resonanz des leeren Bonifatiussaales, der gegenüber jeder Interpret zur Machtlosigkeit verurteilt ist. Den Höhepunkt bildeten schließlich die Polonaise Es-dur op. 22 und die Zugaben von Chopin, die mit solch frappierender Sicherheit, mit derart feiner Differenzierung des Anschlags und mit einer so empfindungsvollen Innerlichkeit gestaltet wurden, daß man lange zu suchen haben wird, um ihresgleichen zu finden.

Lieder- und Klavierabend

Martha Weymann (Alt) und Stephan Mozsi (Klavier) gaben einen Abend, dessen anspruchsvolles Programm allein schon stärkste Beachtung verdiente. Mozsi erfüllte vollauf die hohen Erwartungen, die man nach seinem ersten Abend in ihn gesetzt hatte, ja man hatte noch nicht einmal angenommen, daß er neben Mussorgskys „Bilder einer Ausstellung" auch der zweiten Sonate Hindemiths musikalisch so gerecht werden würde. Daß er es tat, spricht für eine erstaunliche Vielseitigkeit, die auch durch seine außerordentliche Fähigkeit als Begleiter und Mitgestalter belegt wurde. Martha Weymann übertraf ihre eigene Leistung der letzten Jahre bei weitem. Ihr dunkelweicher und mühelos geführter Alt bot lebendigste Ausdrucksentfaltung, zu der sich eine erstaunliche Frische gesellte. Eb.

Förstemann und der Kammerchor

Das ausgezeichnete Orgelkonzert Martin Günther Förstemanns wurde stilvoll ergänzt mit drei Darbietungen von Reger, Palästrina und Johann Sebastian Bach durch den Karlsruher Kammerchor (Paul Wehrle), welche die hoffnungsfreudige Frage erheben lassen, ob hier nicht neue Grundlagen geschaffen werden für regelmäßige Aufführungen nach Art der unvergessenen Motettenstunden Dr. Hermann Meinhard Poppens zu Anfang der zwanziger Jahre. — Förstemanns tiefschürfende, oft herbe, überzeugende Ausdeutungsweise bot nicht nur aufgipfelnd Bach, sondern neben Reger den sehr interessanten Lebenden Kurt Thomas mit einem Variationenwerk „Es ist ein Schnitter, der heißt Tod" und einen alten abseitigen Niederländer Sweelink, der auch diesen uns musikgeistig überraschend nahestehend bewies. „Die wenigen, die was davon erkannt", wurden sich dankbar bewußt, welch ungewöhnliche Feierstunde ihnen Förstemann und Wehrle hatten zukommen lassen. Dr. K.

Film und Unterhaltung

„Herzkönig" in der „Kurbel"

Amüsant, humorvoll, phantasiereich, voller pikanter Würze, Liebe und Charm präsentiert sich hier die erste deutsche Nachkriegs-Filmoperette als Uraufführung in der US-Zone. Ein schon oftmals verwendetes Motiv — der Doppelgänger — wurde in diesem netten Streifen der CCC vom Autor und Regisseur Helmut Weiß mit viel Geschick und Phantasie zu einem Stoff verarbeitet, der über den Rahmen einer Komödie hinausgeht und nebenbei eine wohltuende politische Satire verkörpert. Die Idee, den Doppelgänger als Vertreter des Königs bei dessen Hochzeit und Brautnacht fungieren zu lassen, entbehrt nicht des pikanten Reizes. Die dadurch entstehenden Komplikationen mit den beteiligten Ministern (Aribert Wäscher und Wilhelm Bendow) und [illegible] ihre waghalsige Idee, die Vertretung des dem Bacchus verfallenen Königs durch den verbotenen Schriftsteller Petroni (Hans Nielsen) vornehmen zu lassen, machen den Film unter bezaubernder Mithilfe der Königin (Lisa Lesco) und ihrer Freundinnen zu einem wahren Vergnügen, zu dessen Gelingen auch die beschwingte Musik von Gerhard Winkler beiträgt. -ds.-

„Schwester Kenny" im „Gloria"

Diese große Schwester Kenny hat während entsagungsvoller Jahrzehnte einen verzweifelten Kampf um die Anerkennung ihrer bahnbrechenden Heilmethode der spinalen Kinderlähmung und gegen die Orthopäden ganz Australiens geführt, in deren Augen sie — trotz einer revolutionären Tat — eine Nichtskönnerin, eine Kurpfuscherin war und blieb, weil sie nicht studiert hatte. Elisabeth Kenny wurde verfolgt, ihre Kliniken geschlossen, ihre Heilmethode verhöhnt. Aber Schwester Kenny ging tapfer und unbeirrbar ihren Weg bis zu einem glorreichen Ende, weil die Kinder, die sie in allen Teilen des Landes, in Europa und Amerika gesund pflegte, an sie glaubten und ihr neuen Glauben an sich selbst gaben.

Dieser Film greift ans Herz und nimmt uns trotz seiner Länge ohne Unterbrechung gefangen. Seine im großen Geschehen vielleicht unbedeutendere, menschlich aber packendste, eindrucksvollste Szene ist wohl jene, da sich zwei Kinder gegenüberstehen und mit kindlichen Augen und kindlicher Seele die Tragik dieser Krankheit erfassen — eines durch die Kenny-Methode vollkommen geheilt, das andere durch die Dickköpfigkeit bücherweiser, lebensfremder Ärzte zum Krüppel gemacht. Eine ausgezeichnete Regie und ebensolche Darsteller (Rosalind Russel, Alexander Knox) verbürgen dem Werk eine überraschende Güte. —le—

*

Das „Münchner Oktoberfest" im Kabarett Roland dauert mit neuem, heiter ausgelassenem Programm bis Monatsende fort. Bayerini kam sogar — wie's jedenfalls der Name sagt — aus den souveränen nachbarlichen Gefilden herübergerutscht, um uns mit ulkigen Trillern und Akkorden auf putzigen Instrumenten zu ergötzen. Carl Sundra und sein Medium Madeleine geben wieder auf geheimnisvolle Art erstaunliche, wunderbare Aufschlüsse über den uns unbekannten Stuhlnachbarn; der magische Mann kleidet außerdem ihm zugerufene höchst prosaische Wörter und Zitate sekundenschnell in dichterische Form. Vera Turgo tanzt zwischendurch bäurisch und ungarisch, und Joschi Neck gibt dem allen mit neckischen Plaudereien und musikalischen Spielereien einen hübschen Rahmen. le

*

Im Passage-Palast läuft ein Programm von nicht allzu großer Durchschlagskraft. Lediglich Familie Stolp imponiert in ihrer einwandfreien Akrobatik und als die drei Chrisellos bewegen sie sich ebenso halsbrecherisch wie anmutig auf der Kugel. Bemerkenswert sind die drei de Batiers, besonders in ihren Step-Tänzen. Über die Ansage Günther Stares sei besser kein Wort verloren. Die Rhythmen der Hauskapelle Fritz Teuber illustrieren die Darbietungen und animieren zum Tanz. Mn.

DIE WIRTSCHAFT

Entwicklung der Tabakindustrie

im Kammerbezirk Karlsruhe

Die für September zugesagten Lieferungen nordamerikanischer Herkunft sind nicht eingetroffen. Für ein Drittel der erwarteten Mengen soll die Bezahlung gesichert sein. Selbst wenn dies zutrifft, ist nicht vor Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres mit dem Eintreffen dieser Tabake zu rechnen. Das Nichteintreffen dieser Tabake bedeutet eine außerordentliche Erschwerung der Herstellung für die Gesamtindustrie, da theoretisch die Industrie mit ihren Vorräten Ende dieses Jahres restlos ausläuft. Die deutsche Ernte ist verhältnismäßig klein und kann die Fehlmenge nicht im Entferntesten decken. Zudem ist die zu erwartende deutsche Ernte erst in etwa 1 Jahr verarbeitungsreif.

Seit der Währungsumstellung hat sich der Verkauf von Tabakwaren im wesentlichen auf Ware bezogen, die noch mit Reichsmarkbanderole — also vor dem Währungsschnitt — versteuert war. Dieser Verkauf unter Banderole erschien auch deshalb ratsam, weil vom Wirtschaftsrat eine von der Industrie gewünschte wesentliche Steuersenkung gutgeheißen und als Gestzesvorlage den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt worden war. Allerdings haben die Vertreter der Besatzungsmächte diesem Vorschlag nicht zugestimmt. Wäre die Steuersenkung wie gewünscht am 1. 10. in Kraft getreten und zwar zu den von der Industrie und vom Wirtschaftsrat vorgeschlagenen wesentlichen niedrigeren Steuersätzen, so hätte man Tabakwaren zu Preisen bringen können, die auch die breite Masse anlegen kann. Damit wäre sowohl der Industrie der Absatz möglich gewesen und der Staat wäre zu dem gewünschten Steueraufkommen ohne Schwierigkeit gekommen. Nach der Ablehnung der Steuersenkung und nachdem auch das Angebot an Ware mit Reichsmarkbanderole abgeebbt ist, verbunden mit der Unsicherheit über den Eingang von Rohstoffen, stagniert nun der Verkauf restlos. Es ist kaum anzunehmen, daß vor dem 1. 12. eine Belebung eintritt. Am 1. 12. tritt die gleichzeitig mit dem Währungsgesetz angekündigte Steuersenkung für Verbrauchssteuern ein, die auch für die Tabakwaren eine gewisse Steuererleichterung bringt, die aber nach Ansicht der Industrie und den maßgebenden Körperschaften als nicht ausreichend erscheint. (IHK-Karlsruhe)

Gewerbefreiheit in der Verwaltungspraxis

Der Kampf um das Gewerbezulassungsgesetz wird fortgeführt. Die deutschen Stellen haben sich mit der Begründung der Ablehnung durch das Bipartite Control Office nicht zufrieden gegeben. Sie vertreten mit Recht den Standpunkt, daß man über die Einheitlichkeit des Gwerberechts, das seit dem Jahre 1869 Bundessache gewesen ist, nicht mehr zu diskutieren braucht. Bekanntlich hatte BICO seine Zustimmung zu dem vom Wirtschaftsrat beschlossenen Gewerbezulassungsgesetz mit der Begründung versagt, daß man zunächst abwarten müsse, in wessen Zuständigkeit die durch den Parlamentarischen Rat zu schaffende Verfassung das Gewerberecht lege. In einer Entschließung vom 30. 9. hat der Wirtschaftsrat nochmals die Militärregierung um ihre Zustimmung gebeten. Mit Recht werden die erheblichen Nachteile einer Zersplitterung des Gewerberechts hervorgehoben.

Um die Orientierungslosigkeit des bestehenden Schwebezustandes zu überbrücken, hat die zuständige Landesbehörde in Nordrhein-Westfalen die Initiative ergriffen und eine allem Anschein nach zweckmäßige Zwischenlösung gefunden. Der Wirtschaftsminister hat in einem Runderlaß bestimmt, daß man bei Bearbeitung der laufenden Anträge zwar die bestehenden Bestimmungen anwenden müsse, jedoch solle grundsätzlich das volkswirtschaftliche Bedürfnis für den neu zu errichtenden Betrieb als gegeben angesehen werden. Lediglich die persönliche Zuverlässigkeit und die Sach- und Fachkunde der Antragsteller seien der Entscheidung zugrundezulegen. Damit werden die Gedankengänge realisiert, die, entgegen der ursprünglichen Absicht der vollständigen Gewerbefreiheit, Gegenstand der Erörterungen in der Sitzung des Wirtschaftsrates vom 19. 8. und des in dieser Sitzung eingebrachten Initiativantrags der CDU waren, über den allerdings noch nicht abgestimmt worden ist. (wid)

Gegen Auflösung des Zonenamtes. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten mit den beiden Militärgouverneuren am 30. 9. 1948 haben sämtliche Ministerpräsidenten vorgeschlagen, das Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen in Hamburg zunächst bestehen zu lassen. Offenbar haben sie sich dabei von der Auffassung leiten lassen, daß die Versicherungsaufsicht wie nach den Verfassungen von 1871 und 1919 auch jetzt Sache des Bundes und nicht der Länder sein sollte. Die Militärgouverneure haben sich die Prüfung der Vorschläge durch ihre Sachverständigen vorbehalten. (wid)

Rohstahlerzeugung wird Soll erreichen. Die VfW und das Amt für Stahl und Eisen in Düsseldorf weisen in einer gemeinsam veröffentlichten Mitteilung darauf hin, daß entgegen anderslautenden Meldungen das Produktionssoll des Industrieplans von 10,7 Mill. t Stahl bis zum Jahre 1950 erreicht werden könne. Es wird festgestellt, daß die derzeitige Erzeugung an Rohstahl bereits einer Jahresproduktion von 7 Mill. t entspricht. (Dena)

Maschinenfabrik Böhringer AG. in Göppingen. Die Gesellschaft hat die Herstellung von Strumpf-Strickmaschinen für die Bizone in ihr Fertigungsprogramm aufgenommen. (Dena)

Gebr. Junghans AG. in Schramberg. Die Gesellschaft beschäftigt gegenwärtig etwa 4000 Arbeiter und Angestellte und exportiert mehr als ein Drittel ihrer Produktion. Die Nachfrage nach Uhren ist sehr lebhaft. Auf Grund einer Anordnung der französischen Militärregierung werden 50 % der noch vorhandenen Maschinen demontiert, nachdem bereits Maschinen mit einem Buchwert von 1,5 Mill. RM entnommen worden sind. In dem am 31. 3. 1947 abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein ausgeglichener Abschluß erzielt. Der Lastenausgleich und die Schwächung der Substanz durch weitere Maschinenentnahmen geben der Verwaltung Anlaß zur Sorge hinsichtlich der künftigen Ertragsgestaltung. (wid)

Albert Nestler AG. in Lahr/i. Baden. Die Firma, die hauptsächlich Zeichen- und Meßgeräte herstellt, konnte im Jahre 1947 das Doppelte des Umsatzes von 1946 erzielen. Außerdem ist es der Gesellschaft gelungen, frühere Exportbeziehungen wieder anzuknüpfen. (Dena)

Herzogliche Porzellanmanufaktur in Ludwigsburg. Die im Jahre 1758 gegründete Porzellanmanufaktur ist mit Unterstützung der württembergisch-badischen Staatsregierung neu ins Leben gerufen worden und hat jetzt die Erzeugung von Kunstporzellanen und Porzellan-Geschirren unter Benützung der alten, berühmten Ludwigsburger Marken aufgenommen. Bekannte Künstler, die früher für die Berliner und Meißener Manufakturen Entwürfe und Modelle hergestellt haben, wurden zur Mitarbeit verpflichtet. Etwa 70 bis 80 % der Produktion sollen exportiert werden. (BNN)

Wilhelm Bleyle oHG. in Stuttgart. Die Strickwarenfabrik als Pächterin des Bleyle-Unternehmens hat vertragsgemäß am 30. 9. 1948 ihre Tätigkeit eingestellt. Das Unternehmen ist mit dem 1. 10. wieder auf die früheren Inhaber, Max Bleyle, Fritz Bleyle und Arthur Weber übergegangen und wird als Wilhelm Bleyle oHG. weitergeführt. Als neue Gesellschafter sind Erich Weber und Dr. Albrt Griesinger eingetreten. Das Unternehmen ist gut beschäftigt, auch der Export hat sich günstig entwickelt. (wid)

Günstige Arbeitsmarktlage in Süd-Württemberg. Die Arbeitsmarktlage in Süd-Württemberg hat sich seit der Währungsreform gegen alle Befürchtungen günstig entwickelt. Seit dem 20. Juni sind rund 8100 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Im September hat die Zahl der Beschäftigten um 3500 zugenommen. Sie beträgt jetzt 265 000.

Laut Bericht des Landesarbeitsamtes ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen im September um 150 auf 2116 zurück. Infolge der zum 30. September vorgenommenen Entlassungen ist der Anteil der Angestelltenberufe an den Arbeitslosen auf 50 % der Gesamtzahl der Arbeitslosen gestiegen. (Dena)

Widerstandsfähiger Arbeitsmarkt in Württemberg-Baden. Der württemberg-badische Arbeitsmarkt zeigte auch Ende September nur geringe Veränderungen. Die Zahl der Arbeitslosen, auch der Frauen, sank gegen den 20. 9. um 1021, während die der offenen Stellen wieder um fast 2000 zunahm. Die Kurzarbeit spielt gegenwärtig keine große Rolle. In der Landwirtschaft hält das Abwanderungsstreben an. (wid)

Funkaufsicht durch Postverwaltung. Der Direktor der Verwaltung für Post übernimmt nach einem vom Wirtschaftsrat angenommenen Gesetz die Rechte, die dem Reichspostminister auf dem Gebiet der Fernmeldeanlagen zustanden. Damit ist insbesondere die Aufsicht über alle Funksendeanlagen im VWG einer zentralen Behörde übertragen worden. (wid)

10 Textilpunkte zu erwarten

Von der VfW verlautet, daß die Ausgabe der ursprünglich geplanten Textilpunktkarten für Jugendliche, Säuglinge und Erwachsene nicht mehr erfolgen wird. Dafür werden in den nächsten Wochen pro Kopf der Bevölkerung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zehn Textilpunkte ausgegeben werden. Damit erhöht sich die nach der Währungsreform ausgegebene Menge pro Kopf der Bevölkerung auf 30 Punkte. Wie bei der ersten Punktausgabe, so erhalten die Länder auch diesmal pro Kopf ihrer Bevölkerung je drei Punkte, um Sonderfällen gerecht werden zu können. Die Gesamtausgabe an Textilpunkten in der Bizone steigt damit auf 1260 Mill. Punkte zuzüglich 252 Mill. Punkte für die Länder, sie macht demnach insgesamt 1512 Mill. Punkte aus. In dieser Summe sind die Punkte für heimgekehrte Kriegsgefangene nicht enthalten.

Man hat von der Ausgabe der Textilpunktkarten abgesehen, weil die VfW hofft, im Laufe des nächsten Jahres die Bewirtschaftung ganz aufheben zu können. Diese Hoffnung gründet sich auf die steigenden Zufuhren an Rohstoffen und auf die anhaltende Zunahme der Kapazitätsleistung der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. (wid)

Herausgegeben unter Militär-Regierungs-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Nachrichten-Agentur), DPD (Deutsch. Pressedienst Britische Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachricht.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Familien-Nachrichten

Else Gembalies geb. Sult: Am 19. 10. 48 verschied nach kurzer schwerer Krankheit meine geliebte Frau und treusorgende Mutter meines Jungen. Beerdigung: 21. 10., 11.30 Uhr, Hauptfriedhof. Die trauernden Hinterbliebenen: Erich Gembalies und Sohn Walter.
Karoline Lenz Wwe. geb. Lehmann, uns. lb. gt. Mutter, Großm. u. Urgroßm., ist am 19. 10. i. A. von 76 J. sanft entschl. Beerd. 21. 10., 14 Uhr, Frdh. Mühlbg. In tf. Tr.: Geschw. Lenz u. Anvw., Khe., Steubenst. 14
Willi Frenzel, mein lb. Mann, uns. gt. Vater, starb n. lg. schw. Krkh. i. A. v. 40 J. Beerd.: Freitag, 22. 10., 11.30, Hptfr. Khe. Im N. d. tr. Hinterbl.: Frau Anna Frenzel geb. Arnet u. Kdr. sow. Ang., Rth., Ernstst. 19

Wir betrauern aufs tiefste den Tod unseres lb., langjährigen Arbeitskameraden
WILLI FRENZEL
Mit ihm verlieren wir einen ausgezeichneten Handwerker und einen treuen, stets hilfsbereiten Menschen, dessen Vorbild uns in steter Erinnerung bleiben wird.
Möbelwerkstätten Gebr. Klein, Rüppurrer Str. 14.

Am 18. Okt. 1948 wurde mein lb. Mann, mein guter Vater, Schwiegervater u. Opa
Hermann Steub
Architekt und Bauingenieur
aus einem Leben rastloser Arbeit nach kurzer, schwerer Krankheit in die Ewigkeit abberufen.
Im Namen aller Angehörigen:
Emilie Steub geb. Meister,
Emilie Reuter geb. Steub,
Erwin Reuter
Brigitte Reuter.
Karlsruhe, 18. Oktober 1948.
Uhlandstraße 43.
Beerdigung Freitag, 22. 10., 10 Uhr, auf d. Hauptfr

Nach kurzem schwerem Leiden verschied am 18. 10. 48 unerwartet der Geschäftsführer unserer Gesellschaft
Herr Hermann Steub
Auf der Höhe seines arbeitsreichen und erfolggekrönten Lebens wurde Herr Steub seinem Wirkungskreis entrissen. Seit 40 Jahren gehörte er unserer Firma in leitender Stellung an; seit dem Jahre 1931 war er der alleinige Geschäftsführer, auf dem die ganze Verantwortung für das Wohl und Wehe unserer Gesellschaft mit ihren Betriebsangehörigen ruhte. In unermüdlicher Arbeitshingabe und treuester Pflichterfüllung hat Herr Steub unsere Gesellschaft zu ihrer heutigen Bedeutung geführt. Wir werden seiner stets dankbar und in Ehren gedenken.
Die Gesellschafter und der Verwaltungsrat der Fa. Josef Krapp Bauges. m. b. H.

Das plötzliche Ableben unseres verehrten Betriebsleiters
Herrn Hermann Steub
hat sämtl. Betriebsangehörigen außerord. schmerzlich berührt. Herr Steub war von uns allen geschätzt ob seiner vorbildlichen Arbeitskraft, vor allem aber wegen seines gerechten Wesens und seines Wohlwollens für alle Angehörigen des Betriebes. Wir werden ihn stets in dankbarem Angedenken behalten.
Die Belegschaft der Fa. Josef Krapp Bauges. m.b.H.

Unser lieber
KARL HEINZ
ist nach schwerem Leiden im Alter von 18 Jahren am Dienstag, 19. Okt., 15.30 Uhr, sanft entschlafen.
In tiefer Trauer:
Karl Ringle, Maria Ringle geb. Ergotti, Werner Ringle
Die Beerdigung findet Freitag, 14 Uhr, auf dem Mühlb. Friedhof statt. Bitte keine Beileidsbesuche.

Am 18. 10. starb nach läng. Krankheit unerwartet, wohlvorb. meine lb. Mutter u. Tante
ELISABETH LATT geb. Hammel
i. A. von 62 Jahren. Beerd.: Do., 21. 10., 11 Uhr, Hauptfriedhof. Seelenamt: Fr. 22. 10., 7.45 Uhr, St. Elisabeth. Im Namen der tr. Hinterbliebenen:
Fritz Latt, Boeckhstraße 50.

DANKSAGUNG
Für die herzl. Anteilnahme beim schmerzl. Verlust meines lb. Mannes, uns. treusorg. Vaters, Schwieger- u. Großvaters, sagen wir allen uns. verb. Dank.
Die Hinterbliebenen: **Frau Eva Heuser u. Angeh.**

Willi Stolz — Frau Elli geb. Grether: Für die uns anläßlich unserer Vermählung überreichten Blumen u. Geschenke sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus. Neureut, Mozartstraße 3.

Geboren:
Irmgard ist angek. In gr. Freude: Erich Laible u. Frau Amelie geb. Doldt, z. Zt. N. St. Vinz.-Krkhs. Dr. Fecht.

Veranstaltungen

IDAD-Festspiele vom 24. 10. bis 31. 10. in Heidelberg. Kartenvorverkauf: IDAD, Karlsruhe, Karlstraße 83.
Autobus-Sonderfahrt in den herbstlichen Schwarzwald. Sonntag, 24. Okt., Herrenalb—Gernsbach—Schönmünzach—Freudenstadt—Kniebis—Zuflucht. Anmeldung u. Auskft. Union-Reisebüro, Kaiserstraße 92. Telefon 5606.
Omnibusfahrt nach München. Abfahrt: Samstag, 23. 10., 13 Uhr, und am 24. 10., morgens 5 Uhr, Preis 15.— DM. Anmeld. bei Reisebüro Pieck, Westendstr. 66. Tel. 1322.
Die „Kurbel"-Bühne
René E. Weegmann präsentiert: Tegernseer Bauern-Bühne. Direktion: Anderl Schultes. 21. Okt. 1948: „Die 3 Dorfscheinheiligen"; 22. Okt. 1948: „Das sündige Dorf". 23. Okt. 1948: „Das Glöckerl unterm Himmelbett". Bei jeder Veranstaltung Jodler, Schuhplattler und Gesang. Beginn der Veranstaltungen jeweils 23.15 Uhr. Nach Schluß der Veranstaltungen Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen. — Eintrittspreise: 1.—, 2.— und 3.— DM. Die „Kurbel", Kaiserstr. 211, bei der Hauptpost.

Amtliche Bekanntmachungen

An die Arbeitgeber im Landesbezirk Baden. Betrifft: Kirchenlohnsteuer. Der in Baden seit dem 1. April 1946 zu erhebenden Kirchenlohnsteuer sind nur die Arbeitslöhne der lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer unterworfen, die 1. der Vereinigten Ev.-prot. Landeskirche, der röm.-kath. Kirche, der altkathol. Kirche oder der israelit. Religionsgemeinschaft in Baden angehören; 2. in Baden ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben und 3., deren Lohnsteuer von einer innerhalb Badens gelegenen Betriebsstätte (Dienststelle, Kasse) berechnet wird. Einem Arbeitnehmer, bei dem nicht alle drei Voraussetzungen erfüllt sind, ist Kirchenlohnsteuer vom Arbeitslohn nicht einzubehalten. Arbeitgeber, die etwa außerhalb Badens wohnhaften Arbeitnehmern dieser Vorschrift zuwider Kirchenlohnsteuer einbehalten haben, werden gebeten, wegen der Vergütung der zu Unrecht einbehaltenen Beträge bei dem Finanzamt ihrer Betriebsstätte Auskunft einzuholen. Landesfinanzamt Baden in Karlsruhe. Khe., 13. Oktober 1948.
Einkellerungskartoffeln liefert: Bad. landwirtsch. Zentralgenossenschaft e.G.m.b.H., Karlsruhe, Lagerhaus Fautenbruchstr., Tel. 5766, Lagerhaus Hardtstr. 64, Tel. 7248.

Verloren

Pol.-Kennz. 60-9812 Grünw.-Rüppurr verl. J. Kling, Langestraße 1.
Kl. gold. Brosche 18. 10. Südstadt verl. Bel. Schnarrenberger, Lauterbergstr. 10.
Schw. Tuchjäckchen, 16. 10., Brauerstr. - Beierth. verl. Gute Bel. Liebig, Beiertheim, Breitestr. 135.
100 DM Belohnung demjenigen, der mir meinen in Neuthard entlauf. Scotchterrier „Luki" wieder beschafft Seefried & Co., Mnhm.-Seckenheim, Hauptstraße 133, Telefon 47370.
Rauhhaardackel, weibl., hellbraun, „Hexle", entl. Abz. geg. Bel. b. Kühne, Durlach, Oberwaldstr. 37, III.
Jg. Fox 12. 10. entl. (wß. m. gelb. Flecken). Belohnung. Gargel, Yorckstraße 52.
Zwergschnauzer 4. 10. abh. gek. Gute Belohn. Vögele, Blücherstraße 18, IV.

Beteiligungen/Kapitalmarkt

Persönlichkeit m. 15—20 000 DM ges., mögl. alleinsteh., welche i. d. Lage ist, Existenz z. gemeins. Zusammenarbeit z. schaffen. ✉ unter 14745 an BNN.
2—3000.— DM Geschäftseinlage geboten b. tät. Teilhaberschaft, Lebensmittelgeschäft bevorzugt. ✉ u. 14712 an BNN.
Teilhaber mit 10 000 DM für ausbaufäh. Holzw.-Fabrik gesucht. ✉ 14601 an BNN
Spediteur oder Kraftfahrer, mit LKW, als Teilhaber f. bestehenden Betrieb ges. ✉ unter 14585 an BNN.
20 000—25 000 DM bietet jg. Kaufmann bei tät. Beteil. an seriös. gutem Untern. Zuschr. werd. mit strengst. Diskret. behandelt. ✉ unt. 14582 an BNN.
500.— DM geg. gute Sicherheit ges. ✉ 14488 an BNN.
20 000 DM für den Innenausbau eines 2-Familien-Wohnhauses in gt. Wohnlage als I. Hypothek gesucht bei Abgabe einer Wohnung. ✉ K 759 K BNN
1000—5000 DM v. Lederwar.- u. Textilversandhaus zw. Ausnutzung besteh. Einkaufsmöglichkeiten a. kurzfristiges Privatdarlehen b. guter Verzinsung gesucht. ✉ unter 14626 an BNN.
3—4000 DM für sicheres Unternehmen gesucht. ✉ u. 14659 an BNN.
Hypothekengeld auszuleihen durch Josef Schuster, Khe., Ebertstr. 16. Tel. 7563.
F. Kapitalist: Biete I. Hyp., Beteil., Betriebsk. kostfr. an. Maucksch, A.-Dürr-Str. 1.
5—8000 DM als Baudarlehen ges. Mod. 3-Z.-Wohn. kann nach Fertigstellung z. Verfügung gestellt werden. ✉ unter 14788 an BNN.

Immobilien

Modernes Kino, 1000 Sitzpl., teilw. beschäd., in größ. Industriestadt Süddeutschlands, zu vermieten. Interessenten mit ca. 1—200 Mille Aufbaukapital! ✉ u. K 757 K an BNN.
Ein- od. Mehrfam.-Haus gg. hohe Anzahl. zu kaufen gesucht. ✉ 14656 an BNN
Mod. Mehrfam.-Hs., 30% beschäd., beste Lage, bis 1400 qm, z. vk. ✉ 14657 BNN.
Landwirtschaftl. Anwesen zu kaufen od. pachten ges. ✉ unter 14787 an BNN.
Anwesen in Bayern (Wert 20 000 DM), gg. gleichw. Anwesen in Baden oder Württemb. ✉ 14744 BNN.
Haus (Ruine) als Wohnh. in schö. Stadtl. billig zu verk. ✉ u. 14774 an BNN.
Bauplätze (Rintheim) Drosselsangweg, Lgb.-Nr. 13074, 567 qm, Kirchenpfad Lgb.-Nr. 13091, 566 qm, zu vkf. Otto Trautwein, Fertighausbau, Weingarten.
Bauplatz-Ruine, Nähe Bahnhof, zu verk. ✉ 14530 BNN
Aufbaufäh. Ruine, (Kaiserstraße) 10—15 000 DM Anzahlung, zu verkaufen. ✉ unter 14655 an BNN.
Gartengrundstück, 3 a, baum- u. strauchlos (Nähe Junker & Ruh) gg. kl., gl. Lage. ✉ unter 14593 BNN.
Garten od. Bauplatz, 5—10 a, zu kauf. ges. ✉ mit Lage u. Preis u. 14777 an BNN.

Wohn- und Geschäftshaus - Ruine
zu verk. Zentrale Lage v. Karlsruhe, Einfahrt, Hof, Werkstatt- u. Lagergeb., gut aufbaufähig. Anz. ca. DM 10 000.—.
Hans Schmitt, Immobilien, Hypotheken, Karlsruhe, Vorholzstr. 7. Telephon 2117.

Obstgrundstück, 27.70 a, m. tragb. Kern-, Stein-, Beerenobst u. Reben zu verk. Zu erfrag. Samstags Zunftstraße 10, Durlach.
Obstgarten in Durlach zu k. ges. ✉ 10729 BNN Durlach
Garten, 28 a (Obstbäume) in Ettlingen, altershalber zu verk. ✉ 14756 an BNN.

Tiermarkt

Fuchsstutfohlen, 5 Mon., gg. trächt. Mutterschwein od. fettes Schwein. Fr. Ebel, Singen bei Pforzheim.
2 Pony, mittelschw., braun, u. Fuchsstute, zu verkf. Rudloff, Khe., Morgenst. 37.
Kräftiges Pony, stark, 9jähr., geeign. f. Gärtnereien, zu verkaufen. Albert Gargel, Philippsburg, Marktplatz 10.
Nutz- u. Fahrkuh zu verk. ✉ unter 14752 an BNN.
Nutz- u. Sattelkuh, 30 Wo. trächt., z. vk. Mart. Vogel, Jöhlingen, Mühlenstr. 6.
Zuchtrind, 2½ J., 4 Mo. trä., Ia, Milchabst., zu verkf. Volk, K.-Rüppurr, Seehof.
Schönes Einstellschwein zu verkf. Tel. 403 Ettlingen.
Junge Ziege, 7 Mon., zu vk. od. gg. Einstellschwein zu t. Khe., Fasanenstr. 4.
Enten u. Hasen, schlachtr., zu vk. Khe., Feierabendw. 1c, II.
Schäferhündin, 8 Mon., mit Stbm., zu vkf. Salzer, Durlach, Badener Str. 131.
Dt. Schäferhündin m. St., 2½ J., zu vk. ✉ 14687 BNN.
Cocker-Spaniel, Rüde, 10 Monate, sehr schönes Tier, wachs., kinderlieb, zu verkaufen. Tel. Khe. 5228.
2 schw. Kleinspitz-Rüden, 12 Woch., zu verk. Schmidt, Khe.-Daxl., Krämerstr. 15.
Münsterländer Wachtel zu verkaufen. Otto Kößler, Wössingen, Seestr. 15.

Kauf- und Leihgesuche

Mod. Gesellschaftsfrack, kpl., 1,76, schl. Figur, zu kf. gesucht. ✉ 14504 an BNN.
Brautkleid, Gr. 42—44, mit Schleier dringend zu leih. gesucht. ✉ 14768 an BNN.
Schreibmaschine gg. bar z. kf. ges. ✉ 14556 an BNN
D.-Armbanduhr, neuw., zu kaufen ges. ✉ 14605 BNN
Alte H.- u. D.-Uhren, unbrauchbar, kauft lfd. Warcop, Khe., Kriegsstr. 284.
Zigarren u. Feuersteine (oh. Fassung), größ. Posten, z. kf. ges. ✉ u. 14580 BNN.
Eicheln in jeder Menge kft. Wilh. Eisele & Co., Chem. Laboratorium, Karlsruhe, Moltkestraße 21.
Kanin- u. and. Felle in kleinen u. größ. Posten zu k. ges. ✉ unter K 685 K BNN
Eisen- u. Metallschrott in großen u. kleinen Posten kauft u. holt ab. ✉ unter K 684 K an BNN.
3—5000 Backsteine u. 20—30 cbm Mauerst., gebr. zu kf. ges. ✉ 10728 BNN Bruchs.

Tauschgesuche

Gebotenes an erster Stelle

PKW, Opel, 2 Ltr., gut erh., gegen Kleinwagen. Evtl. Verkauf. ✉ unter 14542 an BNN.
LKW Opel-Blitz, 3,5 t, letzt. Modell, gg. 3—4 t Diesel. ✉ unter 14576 an BNN.
LKW, 3,5 t, Benz-Gaggenau, gut bereift, gegen PKW. ✉ unter 14681 an BNN.
DKW, 600 ccm, oh. Kaross., u. Motorrad, 250 ccm, gg. Kleinwagen, Fiat od. dgl. ✉ unter 14567 an BNN.
100 ccm DKW, gen.-überholt, geg. 250—500 Mod. n. 36, evtl. rep.-bed. Zu verkf. Kohlenherd. Wegmann, Khe., Meidingerstraße 15.
2 Motorräder, 250 ccm „Viktoria", 500 ccm BMW (R 12) gg. 500 ccm NSU od. dergleichen. Harlfinger, Malsch bei Karlsruhe, Telefon 196.
Schreibtisch, Eiche, geb., gg. Pelzmantel, Gr. 46, evtl. Verkauf. ✉ 14776 an BNN.
Ruhesessel, neuw., gg. Bodenteppich, 2×3 m. Khe., Amalienstraße 12.
H.-Rohrstiefel, neuw., Gr. 42, gg. gleichwert., Gr. 44-45. Mühlburg, Marktstraße 5.
Brillantring od. Brillantarmband gegen Möbel oder Polstermöbel. ✉ unt. 14790 an BNN.
Foto, 6×9, gg. Brennholz. ✉ unter 14617 an BNN.
B- u. A-Klarinette gg. Radio. ✉ unter 14619 an BNN.
Transport. Eigenheim, noch in Fabrik lagernd, Gewicht 35 t, ca. 80 qm, 3 Zimmer, Küche, Diele incl. Türen u. Fenster, sof. abzugeb. gg. PKW Mercedes-Diesel, 6-Sitzer, oder 2.3 oder 2.9 Ltr. Mercedes. ✉ unter K 355 K an BNN.

Vermietungen

Etagengeschäft in best. Geschäftslage, ca. 200 qm Nutzfläche, bei Ausbaubeteiligung zu verm. In 6—8 Wochen beziehbar. ✉ u. 14757 an BNN.
Hübsches Landhaus m. mind. 3 Betten in 2 Schlafräum. (m. Betten u. Matr. ausgestattet!), m. groß. Bauernstube in vornehm. Stil, Küche, Diele, Bad (sämtl. Mobiliar vorh.), in 800 m Höhenlage, Nähe Achern/B. Omnibusstation) zu mäß. Mietpr. ganzjähr. zu vermieten. ✉ K 693 K BNN.
Büro m. Tel., evtl. auch Lager, z. vm. Tel. Khe. 429.
2 große helle Büroräume, m. Telefon, Weststadt, zu verm. ✉ 14555 an BNN.
Lagerraum in Stadtmitte, ca. 100 qm, im Souterrain, ab sofort zu vermieten. ✉ u. 14528 an BNN.
Lagerraum, 70 qm, zu vermieten. ✉ u. 14613 BNN.
Leeres Zimmer an ält. Einzelperson zu vermieten. ✉ unter 14490 an BNN.
Gut möbl. Zimmer m. fließ. Wasser, Etag.-Heiz., Bahnhofsnähe, an berufstätig. Herrn z. vm. ✉ 14725 BNN.
Gut möbl. Zimmer, heizb., a. berufst. Herrn in Daxland., evtl. m. Verpfl., zu verm. ✉ unter 14767 an BNN.
Komf. Herrenzimmer mit Tel. als Büro b. evtl. Mitarb. zu vermieten. ✉ unter 14794 an BNN.
Behagl. möbl. Zimmer, sehr gut einger., beste Lage, Bahnhofsn. (Tel.) an Herrn zu verm. Tel. Khe. 8226.
Möbl. Zimmer, heizb., a. 1.11. a. berufst. H. z. vm. Näh. Holzwarth, Weltzienstr. 23.
Möbl. Zimmer (Westst.) mit fl. Wasser geg. Ausbauh. zu vm. ✉ 14764 an BNN.
Schön möbl. Zimmer in gt. H. z. verm. ✉ 14664 BNN.
3—4-Z.-Wohnungen: Wir suchen zum Ausbau v. schönen, in bester Wohnlage (Westst.) geleg. 3—4-Zim.-Wohn. Mietinteressenten b. Gestellung v. »Bauzuschüssen. Die Wohnungen können bei sofort. Baubeginn bis April 1949 bezog. werden. ✉ K 758 K an BNN.
5 Z.-Wohng., beste Wohnl., i. 8 W. bez., gg. 4000.- Ausbau, zu vm. ✉ 14606 BNN

Mietgesuche

Garage f. PKW, Nähe Yorck-Weinbrennerstr., v. Großhandl. ges. Tel. Khe. 6609.
Auto-Garage, mögl. Nähe Haydnplatz, Moltkestr., sofort zu mieten od. Wellblech-Garage zu kaufen gesucht. ✉ 14500 an BNN.
Büro u. Lager oder Laden, DM 200, f. Vermittl od. Verm. an Großh. ✉ 14016 BNN.
Büro u. Lagerraum, ca. 60 qm, von Kaffee Hag, mögl. N. Markthalle od. Zentr. gesucht. ✉ 14723 an BNN.
2—3 Büroräume in ztr. Lage von Großfirma gesucht. ✉ unter 14536 an BNN.
Lager- u. Büroraum, ca. 100 qm, v. Großhandl. in Khe. dringd. ges. ✉ 14761 BNN.
Trock. Lagerraum (Stadtm.) v. Leb.-Großhandl. gesucht. ✉ u. 14649 an BNN.
Laden in gt. Lage m. Nebenraum ges. ✉ 14599 BNN.
Laden u. Lagerräume f. Möbel- u. Kunsthaus in best. zentr. Lage zu miet. ges. Evtl. Wiederaufbaubeteiligung. Otto Jost, Mainzerstr. 18, früher Friedrichspl. Telephon 2627.
Laden od. leerer Raum im Zentr. ges. Ausbauh. 2-3000 DM geb. ✉ 14728 BNN.
Geeign. Raum, evtl. m. 2—3 Büros, von seriös. Berliner Firma, gegr. 1868, f. Montagearbeiten ges. (Tanzsaal od. dergl.), ca. 200 qm, mögl. Khe., Ettlingen oder näh. Umg. ✉ 14506 BNN.
Fabrikationsräume, 150—200 qm, mögl. Zentrum Karlsr., sofort zu miet. ges. ✉ u. K 660 K an BNN.
Werkstätte u. Lagerraum gesucht. ✉ 14676 an BNN.
Werkstattraum für Schreinerei ges. ✉ 14773 an BNN.
Schlafstelle, N. Kolpingpl., sof. ges. ✉ 14610 an BNN.
Gr. leeres Zimmer m. klein. Raum z. Kochen v. fliegergeschäd. ält. Lehrerin sof. gesucht. ✉ 14717 an BNN.
Leerzimmer f. Stud. d. Architektur, mögl. N. Hochschule od. Weststadt ges. ✉ unter 14612 an BNN.
Gr. leeres Zimmer, Stadtm., v. alleinst. Frau ges. Evtl. Tausch gegen 1 kl. Zimm. mit Küche (Albsiedlung). ✉ unter 14578 an BNN.
Gr. leeres Zimmer sucht jg., kinderl. Ehepaar. ✉ unt. 14763 an BNN.
2 leere Zimmer m. Kochgel., mögl. Westst., v. höh. Beamtenwitwe m. Sohn (Dr. chem.) sofort gesucht. ✉ unter 14716 an BNN.
2—3 leere od. möbl. Zimmer, mögl. m. Bad, v. Ausländer (Geschäftsmann) geg. sehr gute Bez. ges. Evtl. Bauhilfezuschuß. Angebote Telephon Khe. 498.
Ruh. Zimmer, einfach, Kreis Khe., v. Rentner (z. jeder Mitarb. ber.) ges. Bettw. vorhand. ✉ 14801 an BNN
Einf. möbl. Zimmer gesucht. ✉ unter 14771 an BNN.
Freundl. möbl. Zimmer, heizbar, v. jg. Lehrerin z. 1. 11. gesucht. ✉ 14583 BNN.
Eleg. möbl. Zimmer ges., 2-3 Tage in der Woche, Preis Nebensache. ✉ 14533 BNN.
Sehr gut möbl. Zimmer, mgl. N. Bahnhof, f. 2 Herren z. 1. 11. ges. ✉ 14541 BNN.
Gut möbl. Zimmer m. Bad u. Kü.-Ben. v. berufst. Dame sof. ges. ✉ 14693 BNN.
Gut möbl. Zimmer von berufstät. Herrn gegen sehr gute Bezahlung gesucht. Angebote Tel. Khe. 498.
Gut möbl. Zimmer, Westst., od. Nähe Stadtgart. v. Beamten ges. ✉ 14559 BNN.
Gut möbl. Zimmer mit Kochgelegenheit v. jg. kinderl. Ehep. sof. gs. ✉ 14550 BNN
Gut möbl. Zimmer von bek. Schnellwaagenfabrik für Außenmonteur ges. ✉ u. K 653 K an BNN.
Möbl. Zimmer v. Student gesucht. ✉ 14618 an BNN.
Möbl. Zimmer sof. von Student ges. ✉ 14734 BNN.
Möbl. Zimmer, ev. teilmöbl., von jg. Ehepaar gesucht. ✉ 14680 an BNN.
Möbl. Zimmer, evtl. m. Pension, v. Angest. gesucht. Preis ✉ u. 14695 an BNN.
Möbl. Zimmer von 2 berufstät. Schwestern ges. Auch Durlach. ✉ 14670 an BNN.
Möbl. Zimmer, Gegend Moltkestr., für einige Tage monatlich ges. Dr. Schmidt, (16) Queckborn, Kr. Gießen.
Möbl. Zimmer m. Kochgelegenh. sof. od. später zu miet. ges. ✉ 14769 BNN.
Geräum. 2-Z.-Wohnung mit Küche in gut. Lage ges. Bauzusch. ✉ 14775 BNN.
2 Zimmer, Küche u. Bad, sep., unmöbl., evtl. z. teilweis. Ausbau, su. Baustoffefabrikant. Tel. Khe. 2918.
2-Z.-Wohnung v. kl. Beamt.-Fam. ges. ✉ 14759 BNN.
3-Z.-Wohnung i. Durlach od. Aue, evtl. möbl. Zimmer mit Kü.-Ben., notfalls bei Ausbaubeteiligung gesucht. ✉ Fa. Kurpfalz, Karlsr.-Durlach, Tiefentalerstr. 1. Telephon 91901.
2-Z.-Wohnung u. Küche, unmöbl., in Khe. v. Betriebsleiter in sich. Stellung sof. z. miet. ges. ✉ 14730 BNN.
2- u. 3-Z.-Wohnungen, mehrere, für Fachkräfte eines Karlsr. Industriewerk ges. Finanz. Beteilig. b. Ausbau. ✉ K 787 K an BNN.
Mod. 4-Z.-Wohnung in best. Wohnlage f. Herrn d. Geschäftsleitung eines Karlsr. Industriewerkes ges. Finanzielle Beteilig. b. Ausbau. ✉ u. K 786 K an BNN.
5—6-Z.-Wohnung i. gt. Wohnlage bald. ges. Evtl. Ausb. ein. zerst. Wohn. n. Übereinkunft. ✉ 14546 BNN.

Wohnungs-Tausch

Büro u. Lagerräume, ca. 100 qm, geg. 2—3-Z.-Wohnung. ✉ unter 14628 an BNN.
1 gr. Zimmer m. Gas u. Wasser, sow. dazugeh. Mans. u. Kell. gg. 2-Z.-W. ✉ 14709 BNN
2 leere Zimmer mit Küchenben. gegen entsprechendes. ✉ unter 14642 an BNN.
2-Z.-Wohnung m. Scheune u. Stallung in Knieling, gegen 2-Z.-Wohn. in Karlsruhe. ✉ unter 14496 an BNN.
Schöne 3-Z.-Wohnung gg. 2-Z.-W., Stadtm. ✉ 14494 BNN
Mod. 3-Z.-Wohnung, Stadtzentr., geg. 4—5-Z.-Wohn. ✉ unter 14596 an BNN.
München—Karlsruhe: Biete s. schöne 2—3-Z.-Wohnung in Münch. Villensiedl. gegen ähnl. i. Khe. ✉ unter K 651 K an BNN.
Hamburg—Karlsruhe: 2½-Z.-Wohn. i. Hamb. m. Zubeh. (DM 53.15, m. Ztrhz. 61.65) gegen 3—4-Z.-W. in Khe. ✉ unter 14654 an BNN.

Transporte

Autofernfahrten mit 2 Liter BMW, evtl. Anhänger. Langenhorst, Khe., Amalienstraße 19. Telephon 1981.

Für alle dringenden Transporte
nach allen Zonen, sowie Frankreich
rufen Sie
Baden-Baden Telef. 6 05 64
Transport-Regie
Baden-Baden-Balg
Herrenpfädelstr. 161

Möbeltransporte
Spedition — Lagerung
Lfd. Beiladungsmöglichk., sofort Heidelberg-Mhm. Hannover, von Tübingen und Freiburg
Joh. Ph. Gruber
Khe., Hirschstr. 130, T. 7734

Verlangen Sie bei Ihrem Friseur nicht nur eine Kalte Dauerwelle, verlangen Sie
Die kalte Dauerwelle L'OREOL

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg